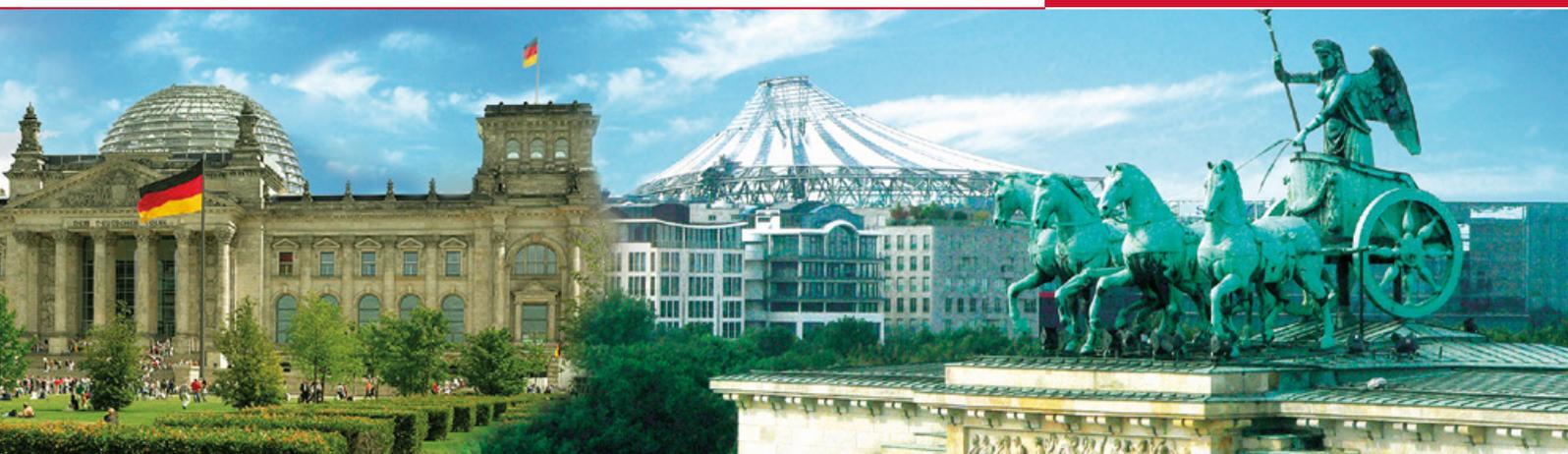




DEUTSCHER  
LANDKREISTAG

# Landkreise gestalten kommunale Entwicklungspolitik

Erfolgreiche Beispiele von internationalem  
und nationalem Engagement



## Schriften des Deutschen Landkreistages

### Band 143

der Veröffentlichungen des Vereins für Geschichte  
der Deutschen Landkreise e.V.

Diese Broschüre ist im Rahmen des Projekts „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik in deutschen Landkreisen durch den Deutschen Landkreistag“ entstanden.

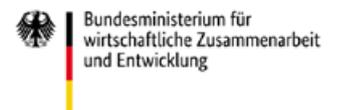
Gefördert durch



mit ihrer



mit Mitteln des



Herausgeber: Deutscher Landkreistag, Berlin  
Redaktion: DLT-Pressestelle

Gesamtherstellung: Gödecke+Gut, Berlin

**ISSN 0503-9185**

# Vorwort

Die Themen der kommunalen Entwicklungspolitik sind vielfältig. Sie beziehen sich sowohl auf Aktivitäten im eigenen Wirkungskreis der Landkreise als auch auf die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Verbindend ist, dass stets die nachhaltige Entwicklung im Mittelpunkt steht. Geht es nun darum, eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Landkreis zu entwickeln, die Verwaltung auf nachhaltige Beschaffung umzustellen, gemeinsam mit einer Partnerkommune eine Mülltrennungsanlage zu errichten oder für Spenden für ein Schulbauprojekt in den ärmsten Regionen der Welt zu werben: Landkreise gestalten kommunale Entwicklungspolitik. Dabei setzt jeder Landkreis eigene inhaltliche und organisatorische Schwerpunkte – je nach den Gegebenheiten vor Ort. Mit dieser Broschüre möchten wir die Vielfalt des entwicklungspolitischen Engagements in den Landkreisen aufzeigen und durch die Darstellung bereits erfolgreich angestoßener und umgesetzter Projekte einen inhaltlichen Austausch zwischen den Landkreisen befördern.

Um die Landkreise bei ihrem entwicklungspolitischen Engagement zu unterstützen, führt der Deutsche Landkreistag mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung das Projekt „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik in deutschen Landkreisen durch den Deutschen Landkreistag“ durch. Die in diesem Rahmen beschäftigte Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik Miriam Elsaëber informiert und berät die Landkreise zu den Möglichkeiten eines Engagements und den Förderangeboten auf Bundesebene. Zudem bietet der Deutsche Landkreistag durch die Einrichtung des Arbeitskreises „Kommunale Entwicklungspolitik“ und das Angebot entwicklungspolitischer Seminare spezifisch für Landkreise Möglichkeiten zum bundesweiten Austausch.

Mit der Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“, die der Deutsche Landkreistag gemeinsam mit den gemeindlichen Spitzenverbänden ins Leben gerufen hat, und die unter Schirmherrschaft von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller steht, bieten wir Landkreisen außerdem einen niedrighschwelligem Einstieg in den Themenbereich der

Entwicklungszusammenarbeit: Durch den Aufruf zur Spendensammlung für ein Schulbauprojekt in Afrika, Asien oder Lateinamerika können sich Landkreise mit vergleichsweise wenig Aufwand international engagieren und dabei sowohl ihre Bürger als auch die lokale Wirtschaft einbinden. Ein inhaltliches Projekt zu Themen der Daseinsvorsorge lässt sich jederzeit anschließen. Hier bieten insbesondere die Themen der Abfallentsorgung und des -recyclings sowie Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung Möglichkeiten für einen partnerschaftlichen Austausch mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Erfolgreiche Beispiele, wie diese Zusammenarbeit umgesetzt werden kann, finden sich reichlich auf den folgenden Seiten.

Berlin, im April 2020



**»Landkreise gestalten kommunale Entwicklungspolitik. Dabei setzt jeder Landkreis eigene inhaltliche und organisatorische Schwerpunkte.«**

**Prof. Dr. Hans-Günter Henneke**

Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages

# Inhalt

<b>Geleitwort</b> .....	<b>5</b>
<b>I. Entwicklungspolitische Aktivitäten der Landkreise: Ergebnisse der DLT-Umfrage zu Handlungsfeldern und Bedarfen</b> .....	<b>7</b>
Ehrenamtliche Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik als Unterstützer der Kommunen ( <i>Stefan Rößle</i> ).....	<b>8</b>
Aktivitäten des Deutschen Landkreistages .....	<b>9</b>
<b>II. Internationales Engagement: Entwicklungszusammenarbeit und kommunale Partnerschaften</b> .....	<b>11</b>
Deutsche Kommunen als selbstbestimmte Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit ( <i>Christiane Overmans</i> ).....	<b>12</b>
Unterstützung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit: Das Regionalvorhaben Kommunaler Wissenstransfer Maghreb – Deutschland ( <i>Anita Sebjo Kouhè</i> ).....	<b>17</b>
Kommunale Klimapartnerschaften .....	<b>18</b>
Regional- und Kommunalpartnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda .....	<b>22</b>
Graswurzelpartnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der Republik Ruanda ( <i>Dr. Rolf Meier</i> ).....	<b>22</b>
Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ .....	<b>24</b>
<b>III. Nationales Engagement</b> .....	<b>26</b>
Nachhaltigkeitsstrategien .....	<b>26</b>
Nachhaltige Beschaffung und fairer Handel .....	<b>28</b>
Fairtrade-Landkreise – Impulsgeber für fairen Handel und Nachhaltigkeit ( <i>Dieter Overath</i> ).....	<b>28</b>
<b>IV. Rahmenbedingungen: Organisation, rechtliche Aspekte und Fördermöglichkeiten</b> .....	<b>33</b>
Gemeinsam für eine nachhaltig bessere Zukunft ( <i>Dr. Stefan Wilhelmy</i> ).....	<b>33</b>
Organisation in den Landkreisen.....	<b>34</b>
Rechtliche Aspekte .....	<b>35</b>
Finanzierung und Fördermöglichkeiten.....	<b>35</b>



Starke Kommunen sind gefragt: 2 Mrd. Menschen haben kein sauberes Trinkwasser und keine Abwasserentsorgung, in den meisten Entwicklungsländern gibt es keine geregelte Müllabfuhr, und in Afrika haben fast 60 % der Bevölkerung keinen Strom. Das sind Entwicklungsherausforderungen, die auch uns hier in Deutschland etwas angehen.

Die Staaten dieser Erde haben mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung im Jahr 2015 konkrete Ziele vereinbart, wie ein Leben für alle in Würde möglich wird und wir gleichzeitig unseren Planeten erhalten können. Zwei Aspekte dieses Weltzukunftsvertrags sind für mich zentral.

Erstens: Auch wir in Deutschland tragen Verantwortung für globale Entwicklung. Deshalb hat die Agenda 2030 ihren Widerhall in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie gefunden. Zweitens: Alle Ebenen sind gefragt, ihren Beitrag zu leisten. Heute sind es insbesondere die Kommunen und die kommunalen Unternehmen, die die Agenda 2030 vor Ort mit Leben füllen.

Über 840 deutsche Landkreise, Städte und Gemeinden übernehmen globale Verantwortung durch Engagement im Klimaschutz, fairen Handel und Beschaffung und durch Partnerschaften mit Kommunen in aller Welt. Von den 294 Landkreisen in Deutschland sind bereits gut 60 dabei – Tendenz steigend.

Dieses Engagement hat meine volle Rückendeckung und Anerkennung. Kommunen haben das Know-how, das wir vor Ort brauchen. Sie sind die Wissensträger! Sie wissen, wie man Schulen und Krankenhäuser baut, Industrie und Gewerbe ansiedelt, wie man in Wissenschaft und Innovation investiert und die Umwelt sauber hält.

Deshalb wurden die Mittel für kommunale Entwicklungspolitik in den letzten fünf Jahren auf 25 Mio. € deutlich erhöht. Zentrale Anlaufstelle ist unsere Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global. Sie berät, fördert und vernetzt deutsche Kommunen international. Landkreise, Städte und Gemeinden sind die Pioniere des Wandels. Sie haben in den letzten Jahren mit großem Engagement Geflüchteten nicht nur Schutz gewährt, sondern ihnen auch mit Sprachkursen, Bildungs- und Ausbildungsangeboten neue Lebensperspektiven eröffnet. Aber kein

Mensch verlässt seine Familie und Freunde, seine Heimat, sein Land freiwillig. Deshalb: Lassen Sie uns mit gleicher Energie Fluchtursachen mindern, neue Perspektiven in den Herkunftsländern schaffen!

Wir müssen vor allem für Kinder Zukunftsperspektiven schaffen. Dafür ist Bildung der Schlüssel. Deshalb hat das Entwicklungsministerium seine Zusagen für Bildung seit 2013 mehr als verdoppelt: für Grundbildung, Berufsbildung und Hochschulbildung.

Die Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ der drei kommunalen Spitzenverbände bietet einen Einstieg für Landkreise in die kommunale Entwicklungspolitik. Ich habe gerne die Schirmherrschaft übernommen. Seit einem Jahr ist sie eine bundesweite Initiative, die viel Zuspruch erfährt. Aus den Schulbauprojekten können sich langfristige Partnerschaften zwischen einzelnen Schulen oder ganzen Kommunen entwickeln.

Aber Verantwortung zu übernehmen heißt auch: unser eigenes Verhalten und unseren Konsum zu überdenken. Vollerorts gibt es noch immer 16-Stunden-Schichten, Löhne, die kaum zum Leben reichen, Kündigung bei Schwangerschaft sowie Produktionsmethoden, die Luft und Wasser verschmutzen. 150 Mio. Kinder in der Welt verrichten Kinderarbeit – damit wir billig einkaufen können. Das ist ein Skandal! Ich setze mich dafür ein, dass in globalen Lieferketten Menschenrechte, Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards eingehalten werden.

Landkreise, Städte und Gemeinden haben hier einen großen Hebel: Jährlich geben deutsche Kommunen rund 175 Mrd. € für öffentliche Beschaffung aus. Immer mehr Landkreise, Städte und Gemeinden stellen ihre Verwaltung auf ein faires Beschaffungswesen um – vom Pflasterstein bis zur Krankenhauswäsche. Mit fairer Beschaffung können Sie viel bewegen – und Zeichen setzen! Das von mir initiierte Textilsiegel „Grüner Knopf“ soll es in Zukunft den öffentlichen Beschaffern noch leichter machen, nachhaltig hergestellte Textilien auch für öffentliche Einrichtungen einzukaufen.

Auch beim Klimawandel müssen wir global denken und handeln: Denn Klimaschutz ist die Überlebensfrage der Menschheit. Die Landkreise verfügen über ein großes Wissen etwa im Bereich der Erneuerbaren Energien. Viele Kommunen in Entwicklungsländern müssen sich schon länger mit den Folgen des Klimawandels auseinandersetzen und auf innovative Weise ihre Widerstandsfähigkeit stärken.

In der Allianz für Entwicklung und Klima kommen Kommunen, Unternehmen, Behörden und zivilgesellschaftliche Organisationen zusammen, um klimaneutral zu werden.

Sie reduzieren ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Nicht-reduzierbare CO<sub>2</sub>-Emissionen werden mit Investitionen in Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern kompensiert, vor allem durch den Aufbau erneuerbarer Energie und den Schutz und die Aufforstung von Wäldern. Denn dort sind Klimaschutzmaßnahmen besonders wirksam. Ich lade alle Landkreise ein, sich der Allianz für Entwicklung und Klima anzuschließen.

Kommunale Entwicklungspolitik ist ein Gemeinschaftswerk: engagierte Einzelne, eine Verwaltung, die mitzieht, Vereine und Initiativen sowie Fördermittel vom Bund oder den Ländern. Zu den starken und unverzichtbaren Partnern gehören für mich die kommunalen Spitzenverbände. Der Deutsche Landkreistag räumt der kommunalen Entwicklungspolitik in seiner täglichen Arbeit einen hohen Stellenwert ein. Damit kann es gelingen, noch mehr Landkreise für die kommunale Entwicklungspolitik zu gewinnen oder bestehendes Engagement zu vertiefen. Dafür gilt dem Deutschen Landkreistag und den Landkreisen mein Dank. In den letzten Jahren haben wir gemeinsam viel erreicht. Aber es liegt immer noch ein langer Weg vor uns. Gemeinsam werden wir Erfolg haben – für die Menschen in Deutschland und weltweit.



**Dr. Gerd Müller, MdB**

Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung



# I. Entwicklungspolitische Aktivitäten der Landkreise

Mit ihrem Engagement im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik fördern Landkreise die Bekämpfung von Fluchtursachen und ermöglichen insbesondere mit Blick auf den Nachbarkontinent Afrika neue (wirtschaftliche) Perspektiven – alles mit dem Fokus, global nachhaltige Entwicklungen in Partnerkommunen in Entwicklungsländern ebenso anzustoßen und zu fördern wie in der eigenen Kommune.

Um einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten und die bestehenden Bedarfe der Landkreise zu erhalten, hat der Deutsche Landkreistag 2018/19 eine Onlineumfrage zu entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise durchgeführt. Dabei ging es sowohl um das Engagement der Landkreise in der eigenen Kommune, z. B. in den Bereichen der fairen Beschaffung und der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, als auch im Ausland, z. B. durch (Projekt-) Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Beteiligt haben sich an der Umfrage sowohl Landkreise, die aktuell Aktivitäten im Bereich der Entwicklungspolitik durchführen, in der Vergangenheit durchgeführt haben oder Aktivitäten planen (66 %), diese werden im Folgenden als aktive Landkreise zusammengefasst, als auch Landkreise, bei denen dies nicht der Fall ist (34 %). 64 Landkreise aus allen Flächenländern haben die Umfrage beantwortet, dies entspricht fast 22 % aller Landkreise.

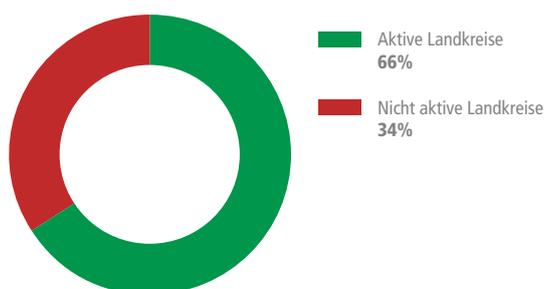


Abbildung 1: 64 Landkreise haben die Umfrage beantwortet. Davon sind 39 entwicklungspolitisch aktiv

Die Umfrageergebnisse zeigen zudem, dass sich 86 % der aktiven Landkreise engagieren, um Verantwortung im globalen Zusammenhang zu übernehmen. Über drei Viertel möchten mit ihrer Unterstützung Nachhaltigkeit fördern. Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts im Landkreis und die Bekämpfung von Fluchtursachen werden weiterhin als Gründe für ein Engagement angegeben (vgl. Abb. 2).

Dass über diese thematischen Gründe hinaus das persönliche Engagement des Landrats bzw. der Landrätin häufig ausschlaggebend für die Aktivitäten des jeweiligen Landkreises ist, wird ebenfalls deutlich (62 %). Daneben spielt

auch der Einsatz der Verwaltung (55 %) eine zentrale Rolle sowie Impulse aus dem Kreistag (33 %) oder von Vereinen, Verbänden und Bürgern (31 %). Weniger von Bedeutung für das Engagement der Landkreise sind Impulse von kreisangehörigen Städten und Gemeinden (17 %) sowie von migrantischen Organisationen (5 %).

## Aus welchen Gründen engagiert sich Ihr Landkreis entwicklungspolitisch?



Abbildung 2

Thematisch liegt bei den in der Entwicklungspolitik aktiven Landkreisen ein Schwerpunkt auf der Produktbeschaffung unter Beachtung des fairen Handels, d. h. beim Einkauf von fair gehandelten Produkten und Berücksichtigung von nachhaltigen Kriterien bei der Vergaben (60 %) sowie bei der Unterstützung lokaler Initiativen, von Verbänden und Vereinen bei deren entwicklungspolitischer Arbeit (55 %). Auch der Umsetzung nachhaltiger Politik, etwa als Engagement in Bezug auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals – SDGs, 50 %) und der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Landkreis (45 %) widmen sich viele der aktiven Landkreise.

## In welchen entwicklungspolitischen Bereichen ist Ihr Landkreis aktiv?

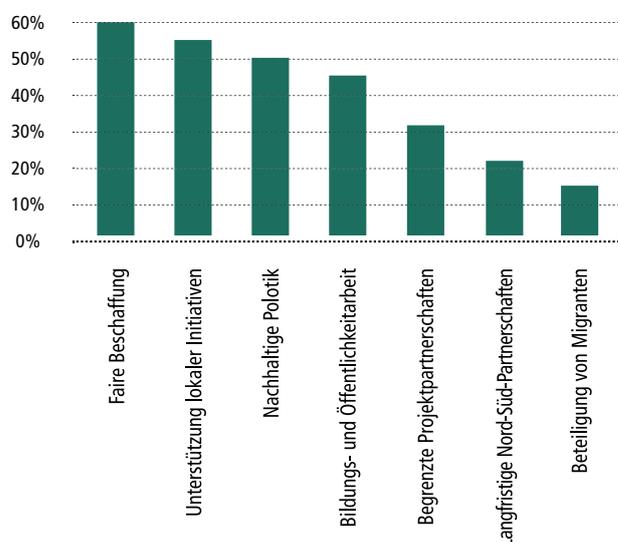


Abbildung 3

Neben diesen Aktivitäten innerhalb der eigenen Kommune engagieren sich einige Landkreise im Austausch mit Kommunen aus Entwicklungs- oder Schwellenländern, z. B. aus Afrika, Asien und Lateinamerika, sowohl in langfristigen Nord-Süd Partnerschaften (21 %) als auch in zeitlich und sachlich begrenzten Projektpartnerschaften (31 %). Weniger häufig werden Bürger mit Migrationshintergrund sowie migrantische Organisationen in die entwicklungspolitische Arbeit des Landkreises einbezogen (vgl. Abb. 3). Hervorzuheben ist, dass die meisten Landkreise langfristig, das heißt ohne Enddatum, engagiert sind, mindestens aber für einen Zeitraum von zwei Jahren.

Die dargestellten Umfrageergebnisse machen deutlich, dass die Handlungsbereiche der kommunalen Entwicklungspolitik vielfältig sind und sowohl nationale wie internationale Anknüpfungspunkte bestehen. ■

### **Ehrenamtliche Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik als Unterstützer der Kommunen**

Interview mit Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries

#### *Was sind ehrenamtliche Botschafterinnen und Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik und was wollen sie bewirken?*

Bundesminister Dr. Gerd Müller hat zum Jahresende 2018 zwanzig erfahrene Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu ehrenamtlichen Botschafterinnen und Botschaftern für kommunale Entwicklungspolitik für die Jahre 2019 und 2020 ernannt. Das Ziel dieser Initiative ist, dass diese Botschafterinnen und Botschafter neue Kommunen und kommunale Unternehmen mobilisieren, bestehendes Engagement vertiefen und dafür werben, kommunale Entwicklungspolitik zur Chefsache zu machen. Sie unterstützen das BMZ auf dem Weg Förder- und Mitmachangebote für Kommunen anzubieten, konsequent weiter zu gehen und die Zahl engagierter Kommunen, sowie die Qualität und Intensität ihres Engagements zu steigern. Die langjährigen Erfahrungen der Botschafterinnen und Botschafter sind für das BMZ darüber hinaus ein wertvolles Instrument zur Fortentwicklung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Auf der lokalen Ebene ist es die Rolle der Botschafterinnen und Botschafter das Bewusstsein dafür zu stärken, welche Potenziale Kommunen für eine global nachhaltige Entwicklung haben können. Denn kommunale Entwicklungspolitik trägt zu interkultureller Kompetenz und Weltoffenheit bei und sorgt für überregionales Ansehen. Dadurch werden beispielsweise auch Anreize für die Ansiedlung moderner Unternehmen und innovativer Start-Ups gesetzt. Außerdem gehen hiervon im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements richtungsweisende Impulse für Verwaltung und Zivilgesellschaft aus. Die Botschafterinnen und Botschafter sollen also pragmatische Handlungsperspektiven aufzeigen und dazu beitragen, Kommunen davon zu überzeugen, dass die globalen Auswirkungen von lokalem Handeln noch stärker im kommunalen Alltag berücksichtigt werden müssen.



Landrat Stefan Rößle wurde von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller zum ehrenamtlichen Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik benannt.

© Landkreis Donau-Ries

#### *Warum engagieren Sie sich neben Ihrer Tätigkeit als vielbeschäftigter hauptamtlicher Landrat für die Entwicklungszusammenarbeit?*

Zwei Schlüsselerlebnisse waren ausschlaggebend dafür, mich in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren. Das erste Schlüsselerlebnis geht auf die Jahre 2015/2016 zurück. In dieser Zeit haben wir uns in unserem Landkreis täglich den Herausforderungen gestellt, geflüchtete Menschen zu empfangen und zu versorgen. Aus diesen Erfahrungen heraus habe ich den Lösungsansatz entwickelt, wo immer möglich, Bleibeperspektiven in den Herkunftsländern zu verbessern, um traumatische Fluchterlebnisse zu vermeiden. Der effektivste Weg dieses Ziel zu erreichen, ist in meinen Augen, in Bildung zu investieren. Die Bedeutung von Bildung für die Entwicklung einer Gesellschaft und Volkswirtschaft hat globale Gültigkeit, und ist seit 70 Jahren ein von den Vereinten Nationen definiertes Menschenrecht. Diese persönliche Überzeugung hat sich auch im zweiten Schlüsselerlebnis, nämlich meinen persönlichen Reisen nach Malawi, Namibia und Mosambik anlässlich von Schuleinweihungen eindrucksvoll verfestigt. Die Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern haben sehr glaubhaft bestätigt, wie hoch die Nachfrage nach und Wertschätzung für verbesserte Bildung in der lokalen Bevölkerung ist. Mit Spenden aus dem Landkreis Donau-Ries werden somit durch Schulbauprojekte Perspektiven in den ärmsten Regionen der Welt geschaffen. Unter der Schirmherrschaft von Bundesminister Dr.

Gerd Müller hat sich daraus gemeinsam mit den drei kommunalen Spitzenverbänden die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ entwickelt. Durch dieses Projekt habe ich in den letzten knapp drei Jahren viele Erfahrungen gesammelt, um als Botschafter Akteure der Zivilgesellschaft sowie der Politik von der herausragenden Bedeutung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit zu überzeugen. An der Rolle des Botschafters reizt mich aber auch, im Dialog mit anderen Botschafterinnen und Botschaftern, meinen Horizont zu erweitern, Perspektiven zu wechseln und neue Arbeitsansätze kennen zu lernen. Dieser Austausch regt mich dazu an, mich selbst und mein eigenes Handeln zu reflektieren.

### *Welche Aktivitäten haben Sie als Botschafter seit Ende 2018 durchgeführt?*

Zum einen habe ich meine aktive Mitarbeit in diversen Gremien und Netzwerken dazu genutzt, für die Programme des BMZ zu kommunaler Entwicklungspolitik zu werben. Die Resonanz ist durchgängig positiv, was sich auch darin zeigt, dass ich konkrete Anfragen erhalte, die entweder mein Team oder die zuständigen Fachreferate des BMZ sowie die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt bearbeiten. Die Servicestelle steht deutschen Kommunen als Kompetenzzentrum in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Sie unterstützt Akteure aus Kommunalverwaltungen und Politik in ihrem entwicklungsbezogenen Engagement durch Qualifizierungs-, Informations- und Beratungsangebote, setzt Modellprojekte um und gibt Hilfestellung zur finanziellen und personellen Förderung. Durch Anregungen von den anderen Botschafterinnen und Botschaftern sind mir persönlich Themen wie faire Beschaffung, kommunale Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern und Gemeinwohlökonomie stärker ins Bewusstsein gerückt und werden daher im Spätherbst dieses Jahrs im Kreistag des Landkreises Donau-Ries behandelt. Wir arbeiten unter anderem auch an einer Nachhaltigkeitsstrategie für den Landkreis, ganz getreu dem Motto, dass wir als Botschafterinnen und Botschafter nur glaubhaft sind, wenn wir selbst handeln und vorleben, was wir anderen empfehlen.

### *Auf welche Weise unterstützen Sie als ehrenamtlicher Botschafter interessierte Kommunen?*

Ein Ziel des BMZ ist es, nachfrageorientiert zu arbeiten und die Wünsche und Anforderungen aus den Kommunen abzufragen, um diese nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Nutzen Sie uns Botschafterinnen und Botschaftern daher gerne auch in der Rolle als Vermittelnde, in dem Sinne, dass wir dem BMZ zurückspiegeln, welche Standpunkte, Bedarfe, Anregungen und Herausforderungen Sie als Kommune täglich erleben und welche Unterstützung Sie sich wünschen. Entwicklungspolitik beginnt vor Ort in der Kommune und alle, die Interesse und Lust an diesem vielfältigen und kreativen Politikfeld haben, können sich direkt in ihrer Kommune engagieren und aktiv werden! Machen Sie mit, werden Sie aktiv und unterstützen Sie damit unsere Eine Welt! ■

## **Aktivitäten des Deutschen Landkreistages**

Um den zunehmenden Schwerpunkt der Landkreise bei der kommunalen Entwicklungspolitik auch von der Hauptgeschäftsstelle aus zu begleiten und die Landkreise in ihrem Engagement zu unterstützen, hat der Deutsche Landkreistag seit Juli 2018 die Stelle einer Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik eingerichtet. Gefördert wird sie durch die Engagement Global gGmbH im Rahmen des Servicestelle Kommunen in der Einen Welt-Programms mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die Umfrage zu den entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise hat ergeben, dass eine deutliche Mehrheit (70 %) der befragten Landkreise an einem regelmäßigen Austausch zum Thema der kommunalen Entwicklungspolitik mit anderen Landkreisen interessiert sind. Dabei geht es den Landkreisen sowohl um den Erfahrungsaustausch zu den gewählten Verwaltungsstrukturen als auch zu spezifischen Themen und praktischen Fragen. Neben dem Ziel, Landkreise untereinander zu vernetzen, informiert die Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik des Deutschen Landkreistages die Landkreise außerdem über die Möglichkeiten eines Engagements in diesem Themenbereich und über bestehende Förderprogramme. Zudem sollen das Engagement der Landkreise bekannt gemacht und erfolgreiche Beispiele aufgezeigt werden. In diesem Sinne wurde der Arbeitskreis „Kommunale Entwicklungspolitik“ ins Leben gerufen, der aktiven und interessierten Landkreisen die Möglichkeit zum persönlichen Austausch bietet. Um noch nicht aktive Landkreise über die Möglichkeiten eines Engagements zu informieren, werden außerdem Einführungsseminare zu den entwicklungspolitischen Handlungsoptionen in Landkreisen durchgeführt.



### **Der Arbeitskreis „Kommunale Entwicklungspolitik“ des Deutschen Landkreistages**

Für die Vernetzung der Landkreise und die Förderung des Austauschs untereinander sowie den Austausch mit Akteuren auf Bundesebene hat der Deutsche Landkreistag den Arbeitskreis „Kommunale Entwicklungspolitik“ eingerichtet, der allen interessierten Landkreisen offensteht. Seine erste Sitzung fand im Mai 2019 in Berlin statt.

An dieser ersten Sitzung des Arbeitskreises „Kommunale Entwicklungspolitik“ haben rund 30 Vertreter aus Landkreisen teilgenommen. Nach der Begrüßung durch Prof. Dr. Hans-Günter Henneke, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, hob Norbert Barthle, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, die Bedeutung der Landkreise als Akteure der Entwicklungspolitik insbesondere in Bezug auf ihre hohe Expertise in der

kommunalen Daseinsvorsorge hervor und betonte, dass die Kommunen politische Rückendeckung von Bund und Ländern für ihr Engagement benötigen.

Als entwicklungspolitisch engagierte Landkreise berichteten sowohl der Landkreis Hameln-Pyrmont als auch der Ostalbkreis über die jeweiligen Aktivitäten: Der Landkreis Hameln-Pyrmont betreibt eine Kommunale Klimapartnerschaft mit Alfred Nzo District Municipality in Südafrika (vgl. S. 20). Der Ostalbkreis engagiert sich seit 1992 kontinuierlich entwicklungspolitisch und stellt mittlerweile jährlich 100.000 € für Maßnahmen zur Beseitigung von Armut und zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe für Entwicklungs- und Schwellenländer zur Verfügung.



Parl. Staatssekretär Norbert Barthle und DLT-Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke eröffneten die erste Sitzung des Arbeitskreises.

© DLT

Die Teilnehmenden der ersten Sitzung des Arbeitskreises „Kommunale Entwicklungspolitik“ bewerteten die Möglichkeit zum Austausch als positiv und sprachen sich für die Fortführung des Arbeitskreises aus, wobei bis zu zwei Sitzungen jährlich als sinnvoll angesehen werden. Der Arbeitskreis wird weiterhin für alle interessierten Landkreise offengehalten. Ein inhaltlicher Schwerpunkt wird auch zukünftig auf der Darstellung von positiven Beispielen aus Landkreisen liegen.



### **Einführungsseminar zu entwicklungspolitischen Handlungsoptionen in Landkreisen des Deutschen Landkreistages**

Der Hessische Landkreistag setzt sich für eine verstärkte kommunale Entwicklungszusammenarbeit ein. Städte- oder Kreispartnerschaften, vor allem in Europa, pflegen die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden bereits seit vielen Jahren oder sogar Jahrzehnten. Das Engagement in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit ist für viele neu. Deutschlandweit wächst in den Kommunen die

Bereitschaft, sich verstärkt durch konkretes Handeln für eine Verbesserung der Situation in den ärmeren Ländern einzusetzen. Auch einige hessische Landkreise haben sich bereits auf den Weg gemacht, unter anderem durch Fairtrade-Aktionen und den Aufbau von partnerschaftlichen Beziehungen, in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit tätig zu werden.

Vor diesem Hintergrund war der Hessische Landkreistag Ausrichter des ersten Einführungsseminars zu entwicklungspolitischen Handlungsoptionen in Landkreisen, die der Deutsche Landkreistag mit den Landesverbänden Hessen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in Kooperation mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt durchgeführt hat. Im Haus der kommunalen Selbstverwaltung in Wiesbaden wurden den interessierten Landkreisvertretern am 24. Juni 2019 durch positive Beispiele und Hinweise zu Förderprogrammen aufgezeigt, wie der Einstieg in ein Engagement möglich ist. Unter anderem wurde für das Projekt „1.000 Schulen für unsere Welt“, das von den kommunalen Spitzenverbänden getragen wird und mit dem Kommunen Partnerschaften für Schulneubauten in Entwicklungsländern übernommen werden, geworben (vgl. S. 24).

Die Gremien des Hessischen Landkreistages haben sich bereits im Vorfeld der Veranstaltung in Wiesbaden hinter die Idee einer verstärkten kommunalen Entwicklungszusammenarbeit gestellt. Zugleich wirbt der Verband bei den Landkreisen, Städten und Gemeinden in Hessen dafür, die Möglichkeiten des Einstiegs in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu prüfen und damit für die Entwicklung in den ärmeren Teilen der globalisierten Welt ein Stück Mitverantwortung zu übernehmen. ■

## II. Internationales Engagement: Entwicklungszusammenarbeit und kommunale Partnerschaften

Wie bereits dargestellt, zeigt die Umfrage des Deutschen Landkreistages zu entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise, dass sich einige Landkreise im Austausch mit Kommunen aus Entwicklungs- oder Schwellenländern, z. B. aus Afrika, Asien und Lateinamerika, sowohl in langfristigen Nord-Süd Partnerschaften als auch in zeitlich und sachlich begrenzten Projektpartnerschaften engagieren (vgl. Abb. 3).

Einen Austausch mit einer Kommune in einem Entwicklungs- oder Schwellenland können sich die meisten der befragten Landkreise zu den Themenbereichen Klimafolgen und Klimaanpassung sowie Abfallentsorgung und -recycling vorstellen. Die Themen infrastrukturelle Herausforderungen (z. B. öffentlicher Verkehr), gesundheitliche Versorgung und Tourismus werden ebenfalls benannt (vgl. Abb. 4).

In Bezug auf welche Themen können Sie sich einen Austausch mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern vorstellen?

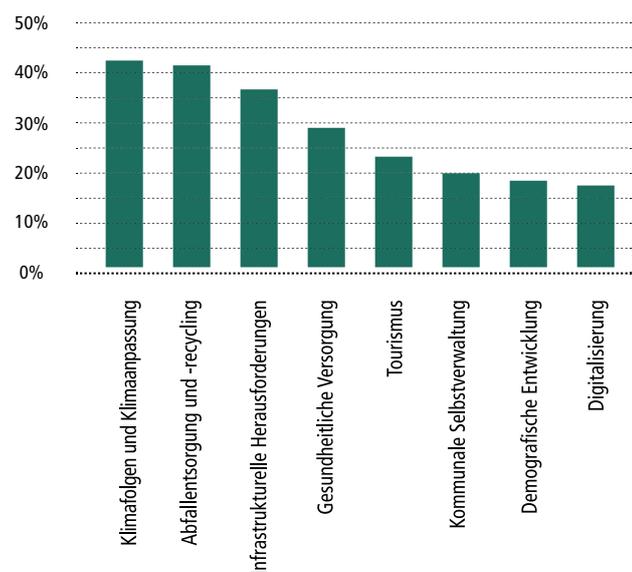


Abbildung 4 (Anteil an allen teilgenommenen Landkreisen)

### Partnerländer im Rahmen der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit bezieht sich vornehmlich auf die Länder, die öffentliche Entwicklungsleistungen von den Geberländern in Form von Zuschüssen und Darlehen erhalten (Official Development Assistance – ODA). Hierbei handelt es sich um öffentliche Leistungen, die mit dem Hauptziel der Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung von Entwicklungsländern gezahlt werden. Der Ausschuss

für Entwicklungshilfe (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) veröffentlicht alle zwei Jahre die DAC-Liste, die alle Empfängerländer von ODA enthält. Diese besteht aus allen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen gemessen am Bruttonationaleinkommen. Zudem enthält die Liste alle Länder, die nach Definition der Vereinten Nationen (UN) zu den am wenigsten entwickelten Ländern zählen.

Selbstverständlich pflegen deutsche Landkreise teils sehr enge und langfristige Beziehungen mit Kommunen aus Ländern, die nicht auf der DAC-Liste geführt werden. Insbesondere innerhalb der Europäischen Union, aber auch zu anderen Kontinenten sind diese Landkreispartnerschaften teils sehr ausgeprägt. Dieser internationale Austausch fällt aber nicht unter die Definition der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit, die sich allein auf Entwicklungs- und Schwellenländer und somit auf Länder der DAC-Liste bezieht.

Knapp die Hälfte der aktiven Landkreise arbeitet mit Partnern in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen. Die interkommunale Zusammenarbeit mit Partnerkommunen bildet hierbei die wichtigste Verbindung. Der Schwerpunkt liegt auf einer Zusammenarbeit mit afrikanischen Kommunen, es sind aber auch Verbindungen zu Kommunen im Nahen Osten, in Lateinamerika und in Südostasien vorhanden. Im Gegensatz dazu arbeiten Landkreise in diesen Ländern weniger mit Stiftungen und anderen Nichtregierungsorganisationen, der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit, Ansprechpartnern der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und Kommunalverbänden zusammen (vgl. Abb. 5).

Arbeiten Sie mit Partnern in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen?

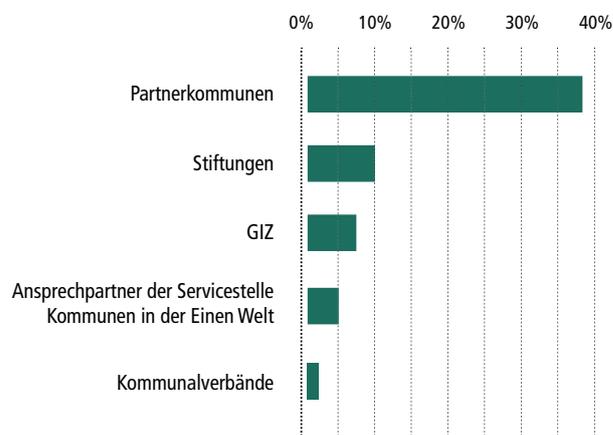


Abbildung 5 (Anteil an aktiven Landkreisen)

### **Deutsche Kommunen als selbstbestimmte Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit**

von Christiane Overmans, Vorsitzende des Ausschusses für kommunale Entwicklungszusammenarbeit des Rates der Gemeinden und Regionen Europas – Deutsche Sektion

Kommunale Entwicklungspolitik gilt als relativ neues Handlungsfeld von deutschen Landkreisen und Städten. Lange wurde die Existenzberechtigung sowohl aus föderaler Sicht als auch unter finanziellen Gesichtspunkten in Frage gestellt. Aber schon vor über einem Jahrzehnt haben Bund und Länder die Existenzberechtigung kommunalen Handelns in der Entwicklungszusammenarbeit auch formal festgestellt.

Entsprechend ist es nur konsequent, dass sich seit über sechs Jahren die deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) den Themen Entwicklungszusammenarbeit und Nachhaltigkeit im Rahmen eines eigenen Ausschusses widmet, dem Ausschuss für kommunale Entwicklungszusammenarbeit (AKEZ). Damit ist der RGRE dem Wunsch nachgekommen, den Erfahrungsaustausch über die kommunalen und parteipolitischen Grenzen hinaus zu ermöglichen und dem Themenfeld ein besonderes Augenmerk zu schenken. Für den RGRE war dies im Rahmen seiner Entwicklung vom europäischen kommunalen Partnerschaftsverein hin zur politischen Stimme der Deutschen Kommunen in Europa und bei internationalen Prozessen ein wichtiger Schritt.

Dem Ausschuss gehören ausschließlich gewählte Kommunalpolitiker aus Mitgliedskommunen der drei kommunalen Spitzenverbände an. Der AKEZ fördert so auch den Erfahrungsaustausch zwischen Landkreisen, Gemeinden, kleineren und mittleren Städten und Großstädten. So bietet der RGRE fast die einzige Ebene, in der sich Kreistags- und Ratsmitglieder über die Grenzen ihres Spitzenverbandes hinweg in einem Gremium austauschen können. Gerade der Austausch und die Zusammenarbeit über Stadt- und Kreisgrenzen, zwischen unterschiedlichen Fraktionszugehörigkeiten und unterschiedlichen Funktionsträgern bedeutet für alle einen großen Vorteil. Wir lernen voneinander und miteinander.

Zugleich ist der Ausschuss ein einmaliger und sehr geschätzter Gesprächspartner und Multiplikator für Bund und Länder, die in der Regel keinen Zugang zu der Breite der kommunalen Volksvertreter haben. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist so auch eine Erfolgsgeschichte in Hinblick auf die Zusammenarbeit von Kommunen, Ländern und Bund, weil sie von kommunaler Seite praxisnah mitgestaltet werden konnte. Beispiele hierfür sind die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sowie dessen Projekt „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“. Aber auch an der Musterresolution und dem Musterantrag zur Agenda 2030 hat der Ausschuss mitgewirkt. Für die Zukunft steht die kommunale Umsetzung der Agenda 2030 ebenso auf der Tagesordnung wie die Bekämpfung von Fluchtursachen,

die Zusammenarbeit zwischen deutschen Kommunen und ihren globalen Partnern in Bereichen der Bildung, der Daseinsvorsorge und der Verbesserung der lokalen Demokratie. Es ist auch Thema, welche strukturellen Voraussetzungen in unseren Kommunen geschaffen werden müssen, um eine erfolgreiche und nachhaltige kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu ermöglichen.

Das Themenfeld kommunale Entwicklungszusammenarbeit hat in den letzten Jahren durch die Fluchtbewegungen und die Diskussion, wie man Fluchtursachen vermeiden kann, erheblich an Resonanz gewonnen. Dem entspricht auch die große und gewachsene Zahl an Mitgliedsbenennungen für den RGRE-Ausschuss. Auch das Themenfeld der Agenda 2030 der Vereinten Nationen steht inzwischen in fast jeder Kommune auf irgendeine Weise direkt oder indirekt auf der Tagesordnung.

Landkreise haben es dennoch häufig besonders schwer, ein Engagement in Bereichen der Entwicklungszusammenarbeit und der Nachhaltigkeitsagenda zu vermitteln. Dabei ist eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit den ländlichen Distrikten in Entwicklungs- und Schwellenländern häufig in erster Linie auf der Ebene des Erfahrungsaustausches von Verwaltungsmitarbeitern möglich, die in vielen Themenfeldern beim Kreis angesiedelt sind. Und wenn sich Landkreise nicht an der internationalen Zusammenarbeit beteiligen, besteht für sie die Gefahr, dass ihre Bedürfnisse und Sichtweisen im internationalen Austausch und den daraus folgenden politischen Vereinbarungen unterrepräsentiert sind.

Für Landkreise böte sich häufig eine Zusammenarbeit mit den Gemeinden an: Die kreisangehörigen Gemeinden finden Partnergemeinden in der Partnerregion des Kreises. Gemeinsam nutzt man z. B. die Unterstützung durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und des jeweiligen Bundeslandes, welches häufig auch einen Partnerstaat im globalen Süden hat.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit bedeutet die Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner auf Augenhöhe und deshalb kann Armutsbekämpfung und Entwicklungshilfe, wie sie meist von Vereinen und Kirchen geleistet werden, nur ein Bestandteil sein. Es bedarf der Kooperation miteinander. Unsere Partner in ärmeren Ländern müssen letztlich ihre Probleme selbst lösen, wir können uns aber mit ihnen darüber austauschen, wie man sie lösen kann. Und dabei lernen wir, wie manches innovativer, einfacher und außerhalb unserer gewohnten Pfade möglich ist. Der Weg der Demokratie zu einer guten Lösung ist, Fragen zu stellen und sich kritisch auseinanderzusetzen. Daher können globale Partnerschaften ein guter Weg zu besseren Lösungen sein.

Auch Landkreise als Standorte des Mittelstandes, als Tourismusregion, als Arbeits- und Ausbildungsplatzstandort, profitieren von der internationalen Wahrnehmung in Partnerschaften und Netzwerken. Darüber hinaus stärken kommunale Entwicklungs- und Projektpartnerschaften das

Zusammenwirken von Bürgern, Zivilgesellschaft und Verwaltung. Migranten aus Entwicklungs- und Schwellenländern gewinnen so eine anerkannte und kompetente Position in der Kommunalgesellschaft. Über Partnerschaftsprojekte können breite Bevölkerungskreise angesprochen und damit ein positives Bewusstsein für die Bewältigung globaler Herausforderungen geschaffen werden.

Globalisierung macht nicht vor den Toren der deutschen Landkreise und Städte halt. Nur wenn wir uns in internationale Prozesse einbringen, haben wir eine Chance, dass diese nach unseren Vorstellungen gestaltet werden. Schon die Europäische Union zeigt: Wer keine Netzwerke über die nationalen Grenzen hinaus pflegt, wird sich kaum mit seinen Sichtweisen durchsetzen. Die deutschen Kommunen müssen ihr Schicksal in die Hand nehmen, sonst erdrücken internationale und europäische Vereinbarungen ihre Handlungsspielräume. Deutsche Landkreise und Städte sitzen hierbei „in einem Boot“, denn es gibt kaum einen anderen Staat, in dem die kommunale Freiheit so garantiert ist wie in Deutschland. ■



### Kommunale Entwicklungszusammenarbeit in Mecklenburg-Vorpommern

Neben den in Mecklenburg-Vorpommern bereits entwicklungspolitisch aktiven Kommunen engagieren sich seit dem Frühjahr 2019 auch die beiden kommunalen Spitzenverbände auf diesem Gebiet. Von ihnen wurde im Mai 2019 die Fachtagung „Horizonte erweitern – Kommunale Partnerschaften und Projekte in der Einen Welt“ durchgeführt. Als weitere Partner haben sich die Staatskanzlei sowie das Eine-Welt-Landesnetzwerk hieran beteiligt, die auch in die Tagung einführten.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung wurden sowohl Hintergrundinformationen zur Arbeit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und den Ergebnissen der vom Deutschen Landkreistag durchgeführten Umfrage zu den entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise präsentiert als auch konkrete Beispiele kommunaler Partnerschaften vorgestellt. Ein Beispiel war dabei die Zusammenarbeit der Hansestadt Rostock mit Bizerte, einer Hafenstadt in Tunesien, mit Batumi, einer Hafenstadt in Georgien sowie mit Panajachel, einer Stadt am heiligen See der Mayas im Hochland Guatemalas. Des Weiteren wurde die Klimapartnerschaft der Hansestadt Greifswald mit der brasilianischen Stadt Pomerode beleuchtet. Dass es auch für kleinere Kommunen reizvoll und gewinnbringend sein kann, internationale Partnerschaften zu pflegen, wurde anhand des Beispiels der brandenburgischen Kleinstadt Baruth/Mark (4.200 Einwohner) deutlich. Die Gemeinde pflegt eine rege Partnerschaft mit der Stadt Murun in der Mongolei und setzt sich außerdem für die Umsetzung der in der Agenda 2030 enthaltenen 17 Nachhaltigkeitsziele

vor Ort ein. Zudem wurden Workshops zur Finanzierung und der Organisation von Partnerschaften angeboten.

Die Fachtagung wird von den Kommunalverbänden, der Staatskanzlei sowie dem Eine-Welt-Landesnetzwerk als Auftakt gesehen, um die Vernetzung untereinander zu festigen und weiter auszubauen. Zudem wird eine Einbeziehung der Migrantenorganisationen in die kommunale Entwicklungszusammenarbeit angestrebt. Dies könnte bspw. durch die im Dezember 2018 ins Leben gerufene AG Integration des Landkreistages Mecklenburg-Vorpommern gefördert werden.



### Partnerschaft des Burgenlandkreises mit dem Bezirk Bani Kinanah (Jordanien)

Der Burgenlandkreis hat Ende 2017 eine Kommunalpartnerschaft mit dem Bezirk Bani Kinanah im Norden Jordaniens, an der Grenze zu Syrien und Israel, mit Unterstützung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt angebahnt.

Die Motivation des Burgenlandkreises besteht in der Mithilfe bei der Beseitigung von Fluchtursachen in den Ursprungsländern und der Unterstützung der aufnehmenden Grenzregionen der Nachbarstaaten. Dazu gehört auch der Bezirk Bani Kinanah, der mehr als 20.000 syrische Geflüchtete, aufgenommen hat.



Eine Delegation aus dem Burgenlandkreis besuchte die jordanische Partnerregion Bani Kinanah.

© Burgenlandkreis

Mit der Kompetenz der kommunalen Unternehmen des Burgenlandkreises und des Landratsamtes kann die Partnerschaft auf Augenhöhe sinnvoll und wirksam unterstützt werden. Im Rahmen erster Anbahnungsreisen, die über das „Schnellstartpaket I Nahost“ finanziert wurden, konnten bereits im Juli 2018 mit fünf Bürgermeistern der Region Bani Kinanah erste Handlungsfelder im Rahmen der Abfallwirtschaft, der Abwasserentsorgung und der berufsbezogenen Bildung mit einem Umweltschwerpunkt bei einem Besuch im Burgenlandkreis vereinbart werden. Eine Gruppe aus dem Burgenlandkreis um den Landrat Götz Ulrich besuchte im Januar 2019 im Partnerbezirk die Orte, an denen ein Engagement erfolgen soll.

Eine geplante Zusammenarbeit der Berufsbildenden Schulen Burgenlandkreis mit der Berufsschule „Ibin Rushd“ ist auf die Verbesserung der Fähigkeiten und Fertigkeiten während der zweijährigen Berufsausbildung in Jordanien ausgerichtet. Mit modernen Unterrichtsmaterialien und berufsbezogenem Deutschunterricht in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Volkshochschulverband (DVV) und DVV international soll die Fähigkeit zur Durchführung von Praktika in Unternehmen des Burgenlandkreises unterstützt werden. Ziel ist es, so eine dreijährige duale Berufsausbildung in Schwerpunktberufen anzubahnen. Dazu wurde ein weiterführender Antrag über das „Schnellstarterpaket II Nahost“ bis Ende 2021 gestellt. Zur personellen Unterstützung hat der Burgenlandkreis Interesse am Programm „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ bekundet.



### **Der Kreis Steinfurt im Austausch mit der libanesischen Provinz Jezzine**

Vertreter der libanesischen Provinz Jezzine und des Kreises Steinfurt tauschten sich im Rahmen von Delegationsreisen insbesondere zu den Themen nachhaltiger Tourismus, Regionalvermarktung, erneuerbare Energien und Digitalisierung aus, die beide Kommunen beschäftigen:

- **Tourismus:** Sowohl der Kreis Steinfurt als auch die Provinz Jezzine liegen im ländlichen Raum und verfügen über eine reiche natürliche Flora und Fauna sowie attraktive historische Orts- und Stadtkerne. Es gibt auf beiden Seiten bereits Ansätze und Strategien für einen nachhaltigen Tourismus. Ein Austausch soll hier einen beidseitigen Mehrwert bringen.
- **Regionalvermarktung:** Auf libanesischer Seite gibt es den Wunsch, sich im lokalen Markt stärker mit regionalen Produkten zu platzieren, um die regionale Wertschöpfung zu erhöhen. Der Kreis Steinfurt ist Mitglied der Regionalbewegung NRW und es gibt bereits Erfahrungen mit verschiedenen Strategien zur Regionalvermarktung.
- **Erneuerbare Energien:** Eine große Herausforderung im Libanon ist die verlässliche Versorgung mit elektrischem Strom. Der Kreis Steinfurt hat sich das Ziel gesetzt, bis 2050 energieautark zu sein und hierfür den Verein „energieland2050“ gegründet. Viele Projekte konnten bereits realisiert werden. Im Kreis Steinfurt werden mittlerweile 70 % des Strombedarfs aus regional erzeugten erneuerbaren Energien gedeckt. Der Kreis kann den erfolgreichen Ausbau der erneuerbaren Energien und die breite Bürgerbeteiligung als Modell für den Libanon präsentieren.

- **Digitalisierung und E-Government:** Diese Themen haben Auswirkungen auf alle Gesellschaftskreise. Während sich deutsche Kommunen und Unternehmen schertun, digitale Anwendung und Geschäftsmodelle zu nutzen, sind in Jezzine die Berührungspunkte geringer.

Der fünftägige Besuch der deutschen Delegation im Libanon im Jahr 2019 wurde als eine Mischung aus Exkursions- und Workshoptagen durchgeführt. Die deutschen Vertreter lernten die Provinz Jezzine sowie die Stadt und ihre Akteure zunächst vor Ort kennen und arbeiteten danach in gemeinsamen Workshops. Dabei wurden erfolgreiche Beispiele ausgetauscht. Eigene Projekte und Ideen aus den genannten Themenbereichen konnten mit der auswärtigen Expertise qualifiziert und angereichert werden. Die angestoßenen Projekte können die regionale Wertschöpfung, die Umwelt- und Lebensqualität sowie die Beschäftigungsperspektiven vor Ort erhöhen. Dies stärkt die ländliche Region Jezzine im Libanon wie auch den Kreis Steinfurt.



### **Partnerschaft zwischen dem Landkreis Peine und Nanchang, Provinz Jiangxi (China)**

Der Landkreis Peine (ca. 134.000 Einwohner) pflegt seit 2007 Kontakt mit Nanchang, Hauptstadt der Provinz Jiangxi in Südostchina, der 2009 in eine offizielle Partnerschaft mündete. Die operative Durchführung und das Management der Partnerschaft wurde der Landkreis-Tochter, der Wirtschafts- und Tourismusfördergesellschaft Landkreis Peine mbH übertragen.

Vorzeigeprojekt ist der 2010 gestartete Schulaustausch zwischen fünf Landkreis-Gymnasien und einer Mittelschule aus Nanchang. Der bilaterale Austausch findet im Jahr 2019 bereits zum sechsten Mal statt. Jeweils 20 Schüler im Alter von 16-17 Jahren und fünf Lehrkräfte (vier Schüler und eine Lehrkraft pro Schule) nehmen daran teil. Die Unterbringung in beiden Ländern erfolgt für 14 Tage in Partnerfamilien. Der überwiegende Teil der Kosten wird von den Reisenden übernommen, die durch Spenden des Fördervereins „Schulpartnerschaften Nanchang e.V.“ ergänzt werden. Der Austausch wird von allen Beteiligten als ein lehrreiches Erlebnis beschrieben, das zum besseren Verständnis zwischen den unterschiedlichen Kulturen und Wertschätzung der eigenen Kultur beiträgt.

Mit vielfältigen Aktivitäten konnten geografische Distanz, kulturelle Unterschiede und Sprachbarrieren überwunden werden. Die Partnerschaft wird im Rahmen regelmäßiger Delegationsbesuche mit vielfältigen Themen und mit Leben gefüllt und auch als Anknüpfungspunkt für Wirtschaftsvertreter genutzt.

So wurden von mitreisenden Wasser-Experten des Norddeutschen Wasserzentrums e.V. (NWZ) mit Sitz in Peine konkrete wirtschaftliche Kooperationsmöglichkeiten geprüft. Nanchang Water Industry Group wurde 2015 erstes internationales NWZ-Mitglied. Die Palette möglicher Dienstleistungen für Nanchang umfasst z. B.: Wasser- und Abwasserbehandlung, Klärschlammbehandlung, Biogas-Produktion und Umgang mit Überschwemmungen.

Die inhaltliche Ausgestaltung hängt in erheblichem Maße vom Engagement der beteiligten Personen und Institutionen bzw. Unternehmen sowie davon ab, ob es im Rahmen der Gespräche gelingt, konkrete Anknüpfungspunkte zu finden. Grundsätzlich gilt, dass Geduld und ein langer Atem notwendig sind, wenn erfolgreiche Projekte umgesetzt werden sollen.



### **Kreis Nordfriesland: Austausch zur Partnerschaftsarbeit im Kreis**

Der Kreis Nordfriesland fördert im Rahmen des Projekts „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ die Zusammenarbeit mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Bisher werden entsprechende Partnerschaften überwiegend von Kirchengemeinden und zivilgesellschaftlichen Initiativen getragen. Um die bestehenden Erfahrungen zusammenzubringen, organisiert der Kreis mit dem Kirchenkreis Nordfriesland und mit Unterstützung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt ein Treffen von bereits aktiven Bürgerinnen und Bürgern und an Partnerschaftsarbeit Interessierten. Der Austausch soll als Grundlage dienen, um Möglichkeiten und Potentiale für ein Engagement des Kreises in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu diskutieren.



### **Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg tauscht sich mit der südkoreanischen Grenzregion Cheorwon aus**

Der Landkreis Hersfeld-Rotenburg pflegt mehrere internationale Partnerschaften und Freundschaften. Eine von ihnen ist der enge Austausch mit der südkoreanischen Grenzregion Cheorwon. Beide Kreise verbindet vor allem das Thema Grenzerfahrungen: Ebenso wie Deutschland früher ein politisch und geografisch geteiltes Land war, ist es Südkorea heute. Das Interesse an deutschen Erfahrungen ist deswegen sehr groß.

Das erste Treffen mit mehreren Landräten aus der Grenzregion Südkoreas fand im Juli 2017 statt. Im Mittelpunkt des

Besuches stand der Austausch über die Vergangenheit und Gegenwart der innerdeutschen Grenzregionen. Dabei wurde auch thematisiert, dass vor allem die Wirtschaft im Landkreis Hersfeld-Rotenburg von der Wiedervereinigung profitiert hat und der Kreis zum Logistikkreuz geworden ist. Auch wurden die gute Verbindung und der starke Zusammenhalt mit dem thüringischen Wartburgkreis aufgezeigt. Aus dieser Begegnung entstand sowohl auf südkoreanischer als auch auf deutscher Seite der Wunsch, einen regelmäßigen Austausch zu führen.

In Folge der nächsten Treffen wurde der Austausch weiterentwickelt, wobei die Kulturen in den Fokus rückten. So fanden 2018 sowohl ein Austausch zwischen einem südkoreanischen Jugendchor und einem Jugendorchester aus Bad Hersfeld in Deutschland als auch ein Besuch des deutschen Orchesters der Modellschule Obersberg in der Grenzregion Cheorwon statt, wobei auch mehrere gemeinsame Konzerte veranstaltet wurden.

Aus dem Austausch der beiden Regionen entwickeln sich langsam tiefere Verbindungen, die Stück für Stück intensiviert werden. Auch im Jahr 2019 gab es wieder zwei südkoreanische Besuche im Landkreis Hersfeld-Rotenburg. Im Rahmen des Hessentages, der in der Kreisstadt Bad Hersfeld stattfand, besuchte eine Delegation den Kreis. Highlight des Besuches war die gemeinsame Teilnahme am Festumzug. Nur wenige Wochen später stattete eine Gruppe von Studenten dem Landratsamt einen Besuch ab. Besonders spannend war dabei, dass einige der Studenten wegen der Bildung aus Nordkorea geflüchtet sind. Nach einer gemeinsamen Diskussionsrunde über Wiedervereinigung und Grenzerfahrungen waren sich beide Seiten sicher, dass der Austausch baldmöglichst weitergeführt werden soll.



### **Landkreis Kassel: Zusammenarbeit mit dem Landkreis Anenii Noi (Moldau) für eine funktionierende Abfallentsorgung**

Der Landkreis Kassel engagiert sich seit vier Jahren entwicklungspolitisch in der Republik Moldau. Gefördert werden die mittlerweile zwei Projekte durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt im Rahmen des Programms Nachhaltige Kommunale Partnerschaften aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Der Landkreis Kassel und die Projektpartner in der Republik Moldau steuern Eigenmittel zur Finanzierung der Projekte bei.

Der rund 20 km südöstlich der moldauischen Hauptstadt Chisinau liegende Landkreis Anenii Noi verfügt nur über eine rudimentär vorhandene Abfallentsorgung, die nur Teile der größten Stadt im Landkreis abdeckt. Die gesammelten Abfälle werden nicht getrennt und zum Teil auf einer Deponie

im Kreisgebiet entsorgt. Eine Abfallverwertung findet nicht statt.



Sammelstelle  
© Landkreis Kassel

Hier setzen die Projekte des Landkreises Kassel an, die in Zusammenarbeit mit der moldauischen Partnerkommune möglichst praktisch und pragmatisch umgesetzt werden sollen. So wurde auf die Schwerpunkte Umweltbildung mit dem Schwerpunkt Abfall in Schulen und Kindertagesstätten sowie die Aufstellung von Getrennsammelstationen in vier Kommunen mit engagierten Bürgermeisterinnen gesetzt. Außerdem schenkte der Eigenbetrieb Abfallentsorgung des Landkreises Kassel der Partnerkommune ein nicht mehr genutztes Abfallsammelfahrzeug, dessen Übergabe an die moldauischen Partner sogar in den abendlichen landesweiten Nachrichten gezeigt wurde. Nach den guten Erfahrungen im ersten Projekt läuft aktuell eine Ausweitung der Zahl der Sammelstationen auf über 40 in weiteren interessierten Kommunen. Außerdem wurde eine kreisweite Sensibilisierungskampagne zur Getrennsammlung gestartet. Ein weiterer Projektinhalt ist der Aufbau eines Abfallzweckverbandes unter kommunaler Führung und die Sicherstellung einer nachhaltigen Verwertungskette für die gesammelten Plastikabfälle, die den Großteil des bisher in der Landschaft entsorgten Mülls darstellen.



#### Kommunale Zusammenarbeit des Kreises Lippe mit der Stadt Lutsk (Ukraine)

Ursprung des Projektes des Kreises Lippe und der ukrainischen Stadt Lutsk im Rahmen des Schnellstartpaketes Ukraine 2018 war der Wunsch beider Kommunen, die Strukturen des jeweiligen Partners vertiefend kennenzulernen. Dieses sollte einhergehen mit der Festlegung der Arbeitsschwerpunkte für die nächsten drei Jahre. Ökologische Themen, aber auch die Digitalisierung standen für die Stadt Lutsk im Vordergrund, der Kreis Lippe arbeitet z. Z. mit der „Agenda Lippe 2025“ an einer Vielzahl von neuen Schwerpunkten.

Bei den beiden gemeinsam vorbereiteten Besuchen wurden

neue Kontakte vermittelt und wertvolle Informationen im Sinne der Projektziele ausgetauscht. Der konkrete Nutzen bestand u.a. in dem vertieften Kennenlernen der Ansprechpartner, der unterschiedlichen Arbeitsstrukturen der kommunalen Ebenen und der Arbeit der politischen Gremien. Die intensive Zusammenarbeit während dieser Begegnungsphasen führte zu einer weiteren Festigung des Verständnisses für die aus Sicht aller Beteiligten überaus wichtige Partnerschaftsarbeit beider Kommunen.

Ein erfreuliches Ergebnis nach Beendigung des Schnellstartpaketes ist auch das Signal der weiteren vorbehaltlosen Unterstützung der Partnerschaft durch die politischen Gremien, die im Rahmen der Besuche natürlich beteiligt wurden. Auch die weiteren Beteiligten gaben ein positives Signal und weitere interessante Hinweise zu Fortführung und Ausbau der partnerschaftlichen Beziehungen zwischen dem Kreis Lippe und der Stadt Lutsk.

Die vereinbarten Schwerpunkte für die nächsten drei Jahre umfassen Themen der kommunalen Daseinsvorsorge, Umwelt- und Klimaschutz, aber auch Tourismus und Freizeit und die Digitalisierung im Rahmen der Kopplung mit anstehenden Fachthemen. Das Projekt im Rahmen des Schnellstartpaketes war von Experten und Kommunalvertretern geprägt. In den vereinbarten Schwerpunkten der nächsten Jahre sehen die Partner auch die Möglichkeit der Beteiligung von Jugendlichen, gerade im Bereich des Umwelt- und Klimaschutzes. Hier gibt es auf beiden Seiten gute Beispiele einer aktiven und mitbestimmenden Beteiligung.



#### Partnerschaft des Kreises Groß-Gerau mit der Gemeinde Masatepe (Nicaragua)

Im Sinne der Völkerverständigung unterstützt der Kreis Groß-Gerau seit vielen Jahren mit Erfolg Projekte in der Gemeinde Masatepe in Nicaragua – seit 2017 auch im Rahmen des durch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt geförderten Projekts „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“.

Im Jahr 1986 begannen die Beziehungen des Kreises nach Nicaragua mit der Unterstützung einer Kfz-Lehrwerkstatt aus Kreismitteln. Zwei Jahre später folgte die Kontaktaufnahme mit der Gemeinde Masatepe. Die Anbahnung der Partnerschaft wurde durch den hierfür gegründeten „Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau – Masatepe/Nicaragua e.V.“ maßgeblich vorangetrieben. Im Laufe der Jahre wurden mehrere Projekte zur Unterstützung der Partnerkommune umgesetzt, wie etwa die Errichtung von Schulgebäuden, die Elektrifizierung der ländlichen Regionen, die Versorgung aller Gemeindeteile mit Trinkwasseranschlüssen sowie die Errichtung des Frühförderzentrums „Angelitos por siempre“ für Kinder mit Behinderungen. Finanziert wurden diese

Maßnahmen aus Spenden, Mitteln aus dem Kreishaushalt und von kreisangehörigen Gemeinden sowie Entwicklungsgeldern der EU und des Bundes. Die Gesamtmittel belaufen sich mittlerweile auf etwa 1 Mio. €. Im Laufe der Zeit wurde in Nicaragua der Freundschaftsverein „Asociación de Amistad Masatepe – Groß-Gerau“ verstärkt in die Projektentwicklung eingebunden. Seit 2008 gehen junge Menschen aus dem Kreis Groß-Gerau für einen 13-monatigen „weltwärts“-Freiwilligendienst nach Masatepe, seit 2014 kommen „Süd-Freiwillige“ aus Masatepe zu einem Dienst hierher. Dies hat die Partnerschaftsarbeit verjüngt.



Die Anne Frank-Bibliothek in Masatepe, Nicaragua.  
© Kreis Groß-Gerau

Das 25-jährige Bestehen der Verschwisterung mit Masatepe im Jahr 2017 hat der Kreis Groß-Gerau zum Anlass genommen, einen Partnerschaftskaffee herauszubringen. Der komplette Erlös wird für „Angelitos por siempre“ gespendet. In den kommenden Jahren sollen mithilfe von Fördermitteln Projekte im Bereich Umweltschutz und Wirtschaftsförderung umgesetzt werden. ■

### **Unterstützung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit: Das Regionalvorhaben Kommunaler Wissenstransfer Maghreb - Deutschland**

von Anita Sebjo Kouhè, Projektleiterin „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb – Deutschland, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Das Vorhaben Kommunaler Wissenstransfer Maghreb – Deutschland fördert im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen deutschen Kommunen und Städten in Algerien, Marokko und Tunesien. Ausgangspunkt dafür sind Projektpartnerschaften zwischen Kommunen aus Deutschland und den Maghreb-Ländern. Das Vorhaben wird gemeinsam von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GmbH und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt umgesetzt. Während erstere die maghrebischen Partner vor Ort begleitet, berät die Servicestelle die deutschen Akteure.

Zurzeit bestehen 17 Projektpartnerschaften zwischen neun deutschen Städten und einem Landkreis einerseits und 17 Städten aus dem Maghreb andererseits. Sie tauschen Expertise zu Themen der Stadtentwicklung, wie z. B. Abfallkreislaufwirtschaft, Energieeffizienz, Erhalt kulturellen Erbes, Partizipation und Transport aus. In den Projektpartnerschaften soll das Engagement der deutschen Kommunen eine möglichst hohe Wirkung erzielen.

Ein Beispiel ist die Projektpartnerschaft des Landkreises Böblingen mit El Guettar, einer alten Oasenstadt im Süden Tunesiens. Die kommunale Selbstverwaltung in Tunesien ist noch jung und El Guettar steht vor zahlreichen Herausforderungen wie unzureichendem Abfallmanagement, Wasserknappheit, hoher Arbeitslosigkeit und mangelndem Budget.

Erfahrungsgemäß sind trotz hoher Motivation die zeitlichen Ressourcen deutscher Kommunen, die sie für ihre Projektpartnerschaften neben ihrer alltäglichen Arbeit aufbringen können, begrenzt. Daher sind die Präsenz und die ergänzende Beratung der GIZ vor Ort wichtig. Die GIZ baut Stück für Stück Kompetenzen auf, indem sie El Guettar bei der detaillierten Planung und Umsetzung der Aktivitäten und bei Arbeitstreffen sowie Delegationsbesuchen unterstützt. Regelmäßig trifft sie sich mit dem Projektkomitee in El Guettar und sichert, dass die Lernerfahrungen in die kommunale Arbeit El Guettars übernommen werden. Kommunikationsberatung ist ebenfalls nötig, da nordafrikanische Städte in der Regel über wenig Kooperationserfahrung im internationalen Kontext verfügen. So kann die Expertise des Landkreises Böblingen seitens El Guettars maximal genutzt werden, und auch für kleine und mittlere Städte wird die Aussicht auf eine langfristige Zusammenarbeit und nachhaltige Entwicklung eröffnet.

Nach einer Bestandsaufnahme als Basis für die Projektkonzeption finanziert die GIZ mit den Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung den Bau des Wertstoffhofes, dessen maschinelle Ausstattung zur Sortierung und Pressung der Recyclingmaterialien, Abfalleimer für private Haushalte sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung. Sie sichert die enge Abstimmung mit der lokalen Vertretung der nationalen Abfallmanagementagentur und steht in regelmäßigen Absprachen mit dem Ministerium für Lokale Angelegenheiten und Umwelt. Vertiefter Austausch wird gepflegt mit fachlich verwandten Projekten der Entwicklungszusammenarbeit in Tunesien und mit einem von der GIZ ins Leben gerufenen kommunalen Netzwerk für Abfallmanagement, in dem El Guettar Mitglied ist. So wird gewährleistet, dass die guten Beispiele an politische und rechtliche Vorgaben angepasst sind und internationale Standards berücksichtigt werden. Das Vorhaben Kommunaler Wissenstransfer Maghreb – Deutschland kann das Umsetzungswissen des Landkreises Böblingen und El Guettars den anderen Projektpartnern im Maghreb zur Verfügung stellen.



### Projektpartnerschaft des Abfallwirtschaftsbetriebs des Landkreises Böblingen mit der Stadt El Guettar (Tunesien)

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen nimmt seit 2016 gemeinsam mit der tunesischen Stadt El Guettar am Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ teil. Das Projekt unterstützt die schrittweise Einführung der kommunalen Selbstverwaltung in Algerien, Marokko und Tunesien und fördert den Wissenstransfer z. B. in den Themenbereichen Abfallwirtschaft, Energie und Klima.

In dem gemeinsamen Projekt sollen die Bürger von El Guettar für die Trennung von Kunststoffabfällen und Biomüll sensibilisiert und eine Abfalltrennung eingeführt werden. Die Haushaltsabfälle enthalten derzeit noch bis zu 70 % organische Bestandteile. Die getrennte Erfassung dieses Biomülls soll durch die Förderung von Eigenkompostierung und den Bau einer kommunalen Kompostierungsanlage erreicht werden. Weitere Bestandteile des Projekts sind der Bau eines Wertstoffhofes und das Recycling von Kunststoffabfällen.

Das Projekt beinhaltet mehrere Delegationsreisen auf beiden Seiten. So konnten sich Vertreter des Landkreises und des Abfallwirtschaftsbetriebs ein Bild von der Situation in der tunesischen Kommune machen und lernten die beteiligten Akteure bei der Stadtverwaltung und dem örtlichen Bürgerverein kennen. Die politischen Beziehungen wurden gefestigt und ein gemeinsamer Aktionsplan entwickelt. Bei einem Besuch von Vertretern aus El Guettar im Landkreis Böblingen wurden die kreiseigenen Abfallbehandlungsanlagen besichtigt und die Sensibilisierungs- und Kommunikationskonzepte des Abfallwirtschaftsbetriebs vorgestellt. Zudem wurden ein Handwerksbetrieb, eine Baumschule und eine berufliche Schule besucht.

Das Projekt läuft noch bis Ende 2019, eine Verlängerung wurde in Aussicht gestellt, wobei für den Landkreis eine Erweiterung der Partnerschaft auf die Handlungsfelder Bildung, Tourismus oder Handwerk denkbar sind. Geplant ist, im Dezember 2019 einen langfristigen Partnerschaftsvertrag zu unterzeichnen. Die Erfahrungen aus der bisherigen Partnerschaftsarbeit sind überaus positiv, insbesondere wegen der starken Motivation der Bürgerschaft und dem großen Engagement, mit dem alle Beteiligten an die Entwicklung einer nachhaltigen Stadt herangehen. Die Stadt El Guettar wurde inzwischen als eine der fünf saubersten Städte Tunesiens ausgezeichnet. ■

## Kommunale Klimapartnerschaften

Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ stärkt und unterstützt die fachliche Zusammenarbeit deutscher Landkreise mit Kommunen aus Afrika, Lateinamerika und Asien

in den Bereichen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Auch wenn die Vereinbarungen zum Erreichen der Klimaziele meist auf nationaler und internationaler Ebene getroffen werden, kommt den Kommunen bei der Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen eine ausschlaggebende Rolle zu. Während der zweijährigen Projektförderung erstellen die Partnerkommunen gemeinsame Handlungsprogramme, auf deren Grundlage die langfristige strategische Zusammenarbeit zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung erfolgt. Sie beinhalten auch konkrete Ziele, Maßnahmen und Ressourcen.

Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ wird von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt der Engagement Global aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.



### Klimapartnerschaft des Landkreises Karlsruhe mit der Stadt Brusque (Brasilien)

Kern der Partnerschaft zwischen dem Landkreis Karlsruhe und der Stadt Brusque in Brasilien ist der Klimaschutz. Der gemeinsame Aktionsplan trägt den Titel „Nachhaltige Stadtentwicklung“ und umfasst sechs Themen, die in mittel- und langfristigen Projekten entwickelt werden sollen. Derzeit werden drei Projekte zu den Themen LEDs / Smart, Solarpotential / Photovoltaik und nachhaltige Mobilität umgesetzt. Die politischen Gremien beider Partner haben die Klimapartnerschaft per Ratsbeschluss in ihren Zielen verankert und werden dabei von Universitäten, Unternehmen und Interessensorganisationen in beiden Ländern aktiv unterstützt. Diese drei Säulen tragen zur Umsetzung des Aktionsplans bei und gewährleisten den kontinuierlichen Auf- und Ausbau der Partnerschaft.



Der Landkreis Karlsruhe und die Stadt Brusque haben ihre freundschaftliche Beziehung im Mai 2011 aufgenommen. Hintergrund dieser historisch und kulturell besonderen kommunalen Freundschaftsbeziehung ist die Auswanderung vieler badischer Familien aus dem heutigen Landkreis Karlsruhe nach Südbrasilien in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Städte Brusque, Guabiruba, Blumenau und Pomerode nahmen damals viele deutsche Familien auf. Der Landkreis

Karlsruhe und die Stadt Brusque pflegen auch einen intensiven Erfahrungsaustausch ihrer Verwaltungen. Seit 2012 finden jährlich zwei Kulturreisen nach Brasilien bzw. Deutschland und regelmäßige Jugendaustausch-Wochen statt. 2012 haben der Landkreis Karlsruhe und die Stadt Brusque eine Kooperation mit dem Ziel der erweiterten Zusammenarbeit in Umwelt- und Wirtschaftsthemen unterzeichnet und sich daraufhin erfolgreich um die Aufnahme in das Förderprogramm „50 Klimapartnerschaften bis 2015“ des Entwicklungsministeriums beworben. Ziel der Zusammenarbeit im Projekt „Klimapartnerschaft“ sind die gemeinsame Entwicklung von klima- und umweltschutzrelevanten Projekten und deren nachhaltige Umsetzung in den beiden Kommunen. Die Partnerschaft hat sich seit 2015 weiter intensiviert, wobei insbesondere die digitalen Möglichkeiten für den Austausch sehr hilfreich sind.

Die Klimapartnerschaft hat aber auch zu weiteren Partnerschaften geführt, etwa der Kooperation zwischen der Hochschule Karlsruhe und der Unifebe University für den Studentenaustausch und der Forschung zur nachhaltigen Mobilität oder dem Engagement von Wirtschafts- und Industrieverbänden wie IHK und ACIBr. Alle Projekte der Partnerschaft sind der Entwicklung der Agenda 2030 verpflichtet und stehen in direktem Zusammenhang mit den SDGs. Die durch den Landkreis Karlsruhe im Juli 2019 in Bad Schönborn veranstaltete SDG-Konferenz trug in besonderem Maß dazu bei, weitere Partner aus Brasilien und dem Landkreis Karlsruhe einzubinden.

Der Landkreis Karlsruhe und die Stadt Brusque sind Preisträger des Zeitzeichen-Wettbewerbs 2019 in der Kategorie „Internationale Partnerschaften“.



### Klimapartnerschaft des Rhein-Pfalz-Kreises mit La Fortuna (Costa Rica)

Der Rhein-Pfalz-Kreis arbeitet seit 2015 mit der Stadt La Fortuna in Costa Rica in einer kommunalen Klimapartnerschaft zusammen. Von dem Austausch profitieren beide Kommunen: La Fortuna vom Wissen bezüglich der Errichtung eines Wertstoffhofes, der Rhein-Pfalz-Kreis in den Bereichen Umweltbildung und nachhaltiger Tourismus. Das Projekt wurde sowohl vom Rat für nachhaltige Entwicklung als auch von der Regionalen Netzstelle Nachhaltigkeitsstrategien West ausgezeichnet.

In Costa Rica gibt es bisher kaum Systeme für die Getrennsammlung von Abfällen. Nachdem sich die Partner aus La Fortuna Struktur und Funktionsweise der Wertstoffhöfe im Rhein-Pfalz-Kreis angeschaut haben, wurde mit dessen Unterstützung ein Wertstoffhof in La Fortuna errichtet, der Vorbildcharakter für die gesamte Region hat. Zunächst hatten Frauen in La Fortuna ehrenamtlich Wertstoffe wie

Plastikflaschen, Karton, Papier oder Dosen aus Privathaushalten und Hotels gesammelt, sortiert und vermarktet. Aufbauend hierauf hat die kommunale Entwicklungsgesellschaft von La Fortuna ein Bringsystem für Wertstoffe konzipiert, sodass diese abgegeben werden können. Derzeit führt die Kommune eine intensive Öffentlichkeitsarbeit verbunden mit zahlreichen Unterstützungsangeboten durch ehrenamtliche Abfallberater durch.



Öffentlichkeitsarbeit in La Fortuna zur Trennung von Wertstoffen.

© Adifort La Fortuna

Auch in den Schulen und Kindergärten in La Fortuna werden Umweltthemen wie Naturschutz, nachhaltige Nahrungsmittelproduktion und Mülltrennung thematisiert. Bisher fanden zwei gegenseitige Schüleraustausche zwischen der im Rhein-Pfalz-Kreis gelegenen Realschule in Schifferstadt und dem Colegio Tecnico Profesional in La Fortuna statt. Die Neunt- und Zehntklässler arbeiteten gemeinsam an Projekten, z. B. zur Errichtung eines Schulgartens, fairem Handel sowie Aktionen zur Mülltrennung und Energieeinsparung. Der Schüleraustausch ist der erste Schritt, Umwelt- und Klimaerziehung im Sinne der Nachhaltigkeit in den Schulen des Rhein-Pfalz-Kreises zu verstetigen, was eines der Ziele der Klimapartnerschaft ist.

Als nächster Schritt werden Fördermittel zur Errichtung eines Rad- und Fußwegeabschnitts im Rahmen des vorhandenen Radwegekonzeptes in La Fortuna beantragt. La Fortuna möchte ein zukunftsweisendes Radwegesystem aufbauen, das nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch der Verbesserung der Lebensqualität in der Kommune dient.



### Klimapartnerschaft des Landkreises Teltow-Fläming mit Katima Mulilo (Namibia)

Der Landkreis Teltow-Fläming ist eine kommunale Klimapartnerschaft mit der Stadt Katima Mulilo in Namibia eingegangen. Die Teilnahme am Projekt entspricht dem Leitbild und dem Energie- und Klimaschutzprogramm des Landkreises Teltow-Fläming. Demnach wird die Vernetzung mit anderen Kommunen zu diesem Thema gefördert und der Landkreis wird zum Multiplikator.

Zum Auftakt der Projektpartnerschaft besuchten Vertreter der Stadt Katima Mulilo im Frühjahr 2019 den Landkreis Teltow-Fläming. Bis zum Projektende im Jahr 2021 sind ein weiterer Besuch in Deutschland sowie zwei Entsendungen aus dem Landkreis Teltow-Fläming in die namibische Partnerkommune geplant.

Die strategische Klimapartnerschaft ermöglicht den informellen Austausch von kommunalem Know-how und generiert neues Wissen für beide Partner. So sollen gemeinsam Handlungsprogramme zu den Themen Klimaschutz und Klimaanpassung erstellt werden. Auch die Kooperation verschiedener kommunaler Fachabteilungen unter Einbeziehung ausgewählter zivilgesellschaftlicher Akteure ist geplant. Angestrebt wird eine langfristige Zusammenarbeit der Partner. Dabei soll es u. a. um globales Lernen, nachhaltiges Handeln, Bürgerbeteiligung sowie Abfallmanagement und Stadtreinigung gehen.

Der fachliche Austausch bleibt nicht nur den Akteuren in Teltow-Fläming und Katima Mulilo vorbehalten. Der Landkreis Teltow-Fläming wird auch seine Partnerkommunen – den Kreis Paderborn (Nordrhein-Westfalen), den Kreis Gniezno (Polen) und den Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg in das Projekt einbeziehen.



#### **Klimapartnerschaft des Kreises Herford mit Condega (Nicaragua)**

Die kommunale Klimapartnerschaft zwischen dem Kreis Herford und seiner Partnerstadt Condega in Nicaragua startete 2017 und endete 2019. Bereits vier Mal besuchten sich die Delegationen in diesen Jahren und erarbeiteten ein gemeinsames Handlungskonzept zu den Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Anhand dessen wurden Probleme aufgezeigt und langfristige Lösungen zur Umsetzung von Maßnahmen entwickelt. In diesem Prozess wurde deutlich, dass beide Partner vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Dabei sind insbesondere die Auswirkungen von Wetterextremen (wie z. B. Starkregen oder Trockenheit) besprochen worden. Das Hauptziel des Handlungskonzeptes ist in Condega die nachhaltige Versorgung mit Wasser und im Kreis Herford die Versorgung mit neuen ökologischen Stromkonzepten.

Auf die offizielle Auftaktveranstaltung in Deutschland folgten zwei Besuche der Delegation aus dem Kreis Herford in Condega. Auch die Delegation aus Condega besuchte den Kreis Herford insgesamt zwei Mal. Während der Aufenthalte wurde nicht nur am Handlungskonzept gearbeitet, in dem alle Lösungsvorschläge aufgezeigt werden und das die Grundlage für zukünftige Fördermaßnahmen bildet, sondern es wurden auch bereits erfolgreich durchgeführte Klimaprojekte vorgestellt. Dadurch konnten beide Seiten wertvolle Eindrücke mitnehmen und gemeinsam neue

Ideen entwickeln, um mit konstruktiven Ansätzen dem Klimawandel zu begegnen.



#### **Klimapartnerschaft des Landkreises Hameln-Pyrmont mit dem Alfred Nzo District (Südafrika)**

Der Landkreis Hameln-Pyrmont hat in Kooperation mit der Klimaschutzagentur Weserbergland eine kommunale Klimapartnerschaft mit der südafrikanischen Kommune Alfred Nzo District Municipality im Eastern Cape geschlossen. Der Landkreis und die Klimaschutzagentur sehen sich in der Verantwortung, ihre Erfahrungen im Bereich Klimaschutz zu teilen und sich so für eine global nachhaltige Entwicklung einzusetzen.

Die beiden Kommunen stehen durch den Klimawandel vor großen Herausforderungen, die sie durch die Bündelung ihrer Ressourcen angehen wollen. Dabei möchten sie die Vorteile der Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene nutzen. Das Ziel der Partnerschaft ist es, die Themen Klimaschutz und Klimaanpassung systematisch und dauerhaft in die kommunale Partnerschaftsarbeit zu integrieren. Als Grundlage dient ein konkretes Handlungsprogramm, das gemeinsam von beiden Partner mit Zielen, Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz und Klimaanpassung aufgestellt wird. Es soll Schritt für Schritt umgesetzt werden und dient als Grundlage und Leitfaden für das Handeln in den einzelnen Themenbereichen. Im Rahmen der Partnerschaft werden Maßnahmen und Projekte zu den Schwerpunkten nachhaltiges Energiemanagement, nachhaltige Wasserwirtschaft sowie Bewusstseinsförderung und Bildung durchgeführt. Gerade in Bezug auf die Bewusstseinsförderung sind der Wissenstransfer und der Kapazitätsaufbau von elementarer Bedeutung.

Zunächst soll ein Projekt zur Installation einer Solaranlage auf einer Schule in Alfred Nzo mithilfe von Fördergeldern umgesetzt werden. Auch für die Projektthemen „Biogastechnologie“ und „Beseitigung von fremden invasiven Pflanzen im Fokus einer nachhaltigen Wasserwirtschaft“ wurden Projektanträge eingereicht. Innerhalb der Klimapartnerschaft mit Alfred Nzo ist ein regelmäßiger Austausch über neue Themen und mögliche Projekte mit Finanzierungsmöglichkeiten sehr wichtig.



#### **Klimapartnerschaft des Rhein-Kreises Neuss mit Campohermoso (Kolumbien)**

Der Rhein-Kreis Neuss setzt eine Klimapartnerschaft mit der Kommune Campohermoso in Kolumbien um, nachdem eine erste Klimapartnerschaft mit einer weiteren kolumbianischen Kommune bereits abgeschlossen wurde. Verschiedene

Kooperationen des Kreises mit der Republik Kolumbien in Themenfeldern wie Wirtschaft, Sport und Kultur reichen nun bereits fast 30 Jahre zurück. Die transatlantische kommunale Partnerschaft soll nicht nur einen Beitrag zum globalen Klimaschutz leisten, sondern auch und vor allem die Lebensqualität und die nachhaltige ökonomische Entwicklung vor Ort verbessern. Konkret setzt sich das Projekt mit dem Kaffeeanbau und der Stromversorgung durch Solarenergie von Randlagen in der Gemeinde auseinander. Nachdrücklich gefördert wird die kommunale Zusammenarbeit von der kolumbianischen National- und Regionalregierung.



Der Bürgermeister von Campohermoso im Austausch mit einem Kaffeebauer.

© Rhein-Kreis Neuss

Campohermoso ist eine von der Einwohnerzahl her kleine und dünn besiedelte Gemeinde. Die ländlichen Räume zählen in Kolumbien zu den mehr oder weniger „vergessenen“ Regionen, die kaum von staatlicher Unterstützung erreicht werden. So sind auch viele abgelegene (landwirtschaftliche) Anwesen der Gemeinde Campohermoso nicht an das nationale Stromnetz angeschlossen. Im Rahmen eines Förderprojektes sollen nun auf den jeweiligen

Hausbedarf abgestimmte Solaranlagen einen signifikanten Beitrag zur künftigen Stromversorgung dieser Anwesen leisten. In diesem Rahmen wird auch angestrebt, das gemeindeeigene Gesundheitszentrum mit einer Photovoltaikanlage auszurüsten, um eine konstante Stromversorgung zu gewährleisten, die u. a. zur Kühlung der Medikamente notwendig ist.

Weitergehend ist Campohermoso unter anderem für ihren nachhaltigen Anbau diverser Kaffeesorten bekannt. Mit der Genossenschaft ASPROCAMP, in der mehr als 60 Kaffeebauern der Gemeinde organisiert sind, besteht eine Einrichtung, die bestrebt ist, Anbau- und Produktionsprozesse des Kaffees zu optimieren. Den Bio-Zertifizierungsprozess auf nationaler Ebene, der Anfang 2019 begonnen hat, unterstützt der Rhein-Kreis Neuss aktiv. Darüber hinaus bestehen Bemühungen, dem hochwertigen Kaffee über eine entsprechende Förderung durch das Entwicklungsministerium zunächst über ausgewählte Einzelhändler einen Marktzugang in Deutschland zu verschaffen.



### Klimapartnerschaft des Enzkreises mit dem Masasi Distrikt (Tansania)

Im Frühjahr 2011 erreichte eine Anfrage des Deutschen Landkreistages den Enzkreis. Darin erkundigte sich ein Entwicklungshelfer aus der Verwaltung des Masasi Distriktes

in Tansania nach dem Interesse eines Landkreises an einer kommunalen Zusammenarbeit. Der damalige Landrat des Enzkreises signalisierte seine Bereitschaft und lud im September 2011 eine Delegation aus Masasi ein. Parallel startete die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt das Projekt „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“. Schwerpunkt der Pilotphase war Afrika, insbesondere Tansania. Ende 2011 reiste eine Delegation aus dem Enzkreis zur Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ nach Tansania.

Während der ersten eineinhalb Jahre wurde ein gemeinsames Handlungsprogramm ausgearbeitet, das als Leitlinie für die Projektentwicklung stetig fortgeschrieben wird. Ein Schwerpunkt ist der Einsatz erneuerbarer Energien, da die Stromversorgung im Süden Tansanias instabil ist. Bereits 2012 wurden die AG „Tansania“ sowie ein Partnerschaftsverein gegründet, um auch die Zivilgesellschaft frühzeitig in die Partnerschaft einzubinden.

Die Förderung des Gesundheitswesens in Masasi ist ein weiterer Schwerpunkt der Zusammenarbeit. Zur Unterstützung der medizinischen Versorgung besteht seit 2012 eine Kooperation der Enzkreiskliniken und dem Distrikt Hospital in Masasi. Auf Wunsch der Verwaltungen in Masasi wurde ein Projekt beim Entwicklungsministerium beantragt, bei dem bis 2018 insgesamt 27 Gesundheitsstationen und zwei Health Centres im Distrikt und der Stadt mit Solarsystemen ausgestattet wurden.



Gesundheitszentrum mit Photovoltaikanlage, Masasi Distrikt, Tansania  
© Enzkreis

Die Bildungsförderung bildet einen dritten Schwerpunkt. Im Laufe der Partnerschaft konnten die Hochschule Pforzheim und verschiedene Schulen eingebunden werden. Bereits frühzeitig hatte sich der Enzkreis zum Ziel gesetzt, auch den fairen Handel zu fördern. Nennenswerte Leistungen des Enzkreises für eine nachhaltige Entwicklung sind u. a. die Zertifizierung als Fairtrade-Landkreis seit 2017, die Verabschiedung des Leitbilds im Lichte der Agenda 2030 sowie die Re-Zertifizierung beim European Energy Award 2019 in Gold.

Die Klimapartnerschaft des Enzkreises mit dem Masasi Distrikt wurde aufgrund der vielfältigen Aktivitäten im Jahr 2019 beim Deutschen Nachhaltigkeitspreis „Kommunale Partnerschaften“ und die ersten drei Nominierten gewählt. ■

## Regional- und Kommunalpartnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda

### **Graswurzelpartnerschaft des Landes Rheinland-Pfalz mit der Republik Ruanda**

von Dr. Rolf Meier, Leiter der Abteilung Staatsrecht, Gesetzgebung und Entwicklungszusammenarbeit, Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz

Als Anfang der 80er Jahre neben der Bundesregierung auch viele Landesregierungen begannen, eigene entwicklungspolitische Aktivitäten zu entfalten, entschied sich das Land Rheinland-Pfalz, sein Engagement auf ein Land zu konzentrieren und begann 1982 eine Partnerschaft mit der Republik Ruanda.

Was damals als ein ungewöhnlicher Versuch zweier Länder zur Neugestaltung von Entwicklungspolitik begann, ist heute zu einem international anerkannten Modell einer bürgernahen, dezentralen und effizienten Entwicklungszusammenarbeit auf lokaler Ebene geworden. Die Grundidee der Partnerschaft beruht darauf, dass sie in beiden Ländern von Kommunen und verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen aktiv gestaltet wird. Diese so genannte „Graswurzelpartnerschaft“ hat sich gerade in den problematischen Zeiten des Bürgerkrieges sehr bewährt. Die rheinland-pfälzische und die ruandische Regierung stellen lediglich den organisatorischen und finanziellen Rahmen zur Verfügung, um die Zusammenarbeit der Partner vor Ort zu ermöglichen. Die Partnerschaft genießt in der ruandischen Bevölkerung einen hervorragenden Ruf und ist auch in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung tief verwurzelt.

#### *Partnerschaftsprojekte*

Über 2.000 Projekte konnten in den vergangenen 38 Jahren der Partnerschaft umgesetzt werden. Der Schwerpunkt der Projekte liegt nach wie vor in den Bereichen Schulbildung, berufliche Bildung, Handwerksförderung, Hilfe für Straßenkinder, Förderung von Frauen, Unterstützung von Kindern mit Beeinträchtigungen, aber auch Versorgung mit regenerativen Energien und Umweltfragen. Die ruandischen Partner schlagen eigenverantwortlich die Projekte vor, die ihnen am dringlichsten und notwendigsten erscheinen. Die rheinland-pfälzischen Partner bemühen sich darum, die finanzielle, materielle oder fachliche Unterstützung bereitzustellen.

Mehr und mehr kommt es nun auch zu Know-how-Transfer in Form von Beratungseinsätzen in Ruanda bzw. Fachaufenthalten in Rheinland-Pfalz. Ebenso wichtig wie die vielen Projekte sind die unzähligen persönlichen Kontakte, die gegenseitigen Besuche, die Mitarbeit vieler Bürgerinnen und Bürger in Projekten vor Ort, die das freundschaftliche Verhältnis zwischen der ruandischen und der rheinland-pfälzischen Bevölkerung über Jahre gefestigt haben.

Und auch in Rheinland-Pfalz zeigt die Partnerschaft zu Ruanda Wirkung. Viele Menschen wurden für die Not und die

Probleme sensibilisiert und dies nicht im luftleeren Raum, sondern anhand konkreter Beispiele aus dem Partnerland. Im Rahmen der Partnerschaft konnten viele Bürgerinnen und Bürger zu einem eigenen entwicklungspolitischen Engagement motiviert werden, sodass die Partnerschaft mit Ruanda ein Stück der politischen Kultur von Rheinland-Pfalz geworden ist.

#### *Träger der Partnerschaft*

Ein zentrales Element der partnerschaftlichen Beziehungen sind die Schulen. Im Jahr 2019 hatten über 200 rheinland-pfälzische Schulen eine Partnerschaft mit ruandischen Schulen. Neben den allgemeinbildenden Schulen etablieren sich zunehmend auch Beziehungen zwischen berufsbildenden Einrichtungen. Erfreulich ist hier, dass die gegenseitigen Besuche der Schülerinnen und Schüler an ihren jeweiligen Partnerschulen eine zunehmend wichtige Rolle spielen. Dieser persönliche Austausch ermöglicht das persönliche Kennenlernen und die Wertschätzung einer völlig anderen Kultur und anderer Lebensumstände. Gerade für Jugendliche eine sicherlich sehr prägende Erfahrung.

Weitere wichtige Träger des Partnerschaftsgedankens sind die gut 50 Vereine und Stiftungen in Rheinland-Pfalz, zahlreiche Pfarreien und Diözesen. Sechs Universitäten und Fachhochschulen sind mit ruandischen Hochschulen in einem engen Austausch. Darüber hinaus halten auch unzählige Einzelpersonen und Einzelinitiativen die Partnerschaft zwischen beiden Ländern lebendig. In 38 Jahren partnerschaftlicher Zusammenarbeit ist dabei eine große Projektvielfalt erwachsen. Ein Reichtum, der diese Partnerschaft zu dem macht, was sie ist.

Eine ganz wichtige Säule der Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda bildeten von Beginn an die Landkreise, Städte und Gemeinden. Viele dieser kommunalen Partnerschaften bestehen seit weit über 30 Jahren und haben entsprechende intensive Beziehungen aufgebaut sowie gemeinsam unzählige Projekte realisiert. Stand zu Beginn der kommunalen Partnerschaften vor allem die finanzielle Unterstützung von Infrastrukturprojekten in den jeweiligen Partnergemeinden im Vordergrund, so gewinnt nun der fachliche Austausch der Kommunen mehr und mehr an Bedeutung. Drei rheinland-pfälzische Kommunen unterhalten derzeit eine Klimapartnerschaft mit ruandischen Kommunen, sechs Kommunen, davon ein Landkreis, beteiligen sich an einem Projekt zum kommunalen Verwaltungsaustausch, zwei weitere Landkreise und sechs Städte und Gemeinden werden ab dem Jahr 2020 in dieses Projekt zum kommunalen Verwaltungsaustausch einsteigen. Bei diesem fachlichen Austausch steht vor allem die Wissensvermittlung in Bereichen wie Flächennutzungsplanung, Stadtplanung, Energie- und Wasserversorgung oder Abfallwirtschaft im Vordergrund. Auch diese Zusammenarbeit ist keine Einbahnstraße, sondern ermöglicht einen Dialog, der für beide Seiten gewinnbringend ist.

Interessant ist, dass die Bereitschaft der Landkreise, Städte und Gemeinden in Rheinland-Pfalz, sich an einem fachlichen Austausch zu beteiligen sehr hoch ist – deutlich höher, als die klassischen Entwicklungsprojekte finanziell zu unterstützen.

#### Organisation der Partnerschaft

Zuständig für die Partnerschaft ist innerhalb der rheinland-pfälzischen Landesregierung das Ministerium des Innern und für Sport, das die Haushaltsmittel verwaltet, Kontakte zu den Akteuren der Partnerschaft pflegt und regelmäßig Informationen zur Partnerschaft bzw. zu Ruanda veröffentlicht.

Bald nach dem Beginn der partnerschaftlichen Aktivitäten 1982 stellte sich heraus, dass zur Durchführung der vielen Partnerschaftsprojekte, die Weiterleitung der Projektgelder nach Ruanda, die Beurteilung der Projekte vor Ort u.v.m. nicht ohne eine direkte Vertretung vor Ort geleistet werden konnte. Da das Land Rheinland-Pfalz vor Ort selbst nicht tätig werden kann, wurde 1983 der Verein Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda e.V. gegründet.

Der Verein ist auch Träger des Koordinationsbüros in Kigali, das zur Unterstützung und Begleitung der Partnerschaft Rheinland-Pfalz/Ruanda 1985 in Kigali eingerichtet wurde. Dieses Büro ist Anlauf- und Kooperationsstelle auf der ruandischen Seite und steht den rheinland-pfälzischen Partnern für Hilfe und Auskunft zur Verfügung. Das Koordinationsbüro betreut den überwiegenden Teil der Projekte, die im Rahmen der Partnerschaft durchgeführt werden. Für viele die Partnerschaft in Ruanda betreffenden Fragen und Aktivitäten ist das Koordinationsbüro eine unverzichtbare Hilfestellung geworden.



#### Partnerschaft des Landkreises Mainz-Bingen mit dem Distrikt Rusumo (Republik Ruanda)

Seit 1987 pflegt der Landkreis Mainz-Bingen eine Partnerschaft mit dem Distrikt Rusumo, Sektorenverbund Kirehe. 1989 wurde zur Förderung der Partnerschaftsverein „Freundschaftskreis Landkreis Mainz-Bingen – Distrikt Rusumo e. V.“ gegründet. Ziel und Zweck des Vereins ist es, die weitere Entwicklung im Distrikt zu fördern, Hilfs- und Entwicklungsvorhaben zu unterstützen und die hierfür erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Seit Gründung der Partnerschaft mit dem Distrikt Rusumo wurden bis heute 20 Hilfsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 822.288,64 € realisiert. Derzeit investiert der Förderverein in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz in das Hilfsprojekt „National Early Childhood Development Program“, ein Pilotprojekt zur Förderung der frühkindlichen

Entwicklung. Dabei werden rund 30 Trainer ausgebildet, die ihr Wissen wiederum als Multiplikatoren im gesamten Distrikt an die Eltern vermitteln und diese entsprechend schulen. Ausgewählte Eltern erhalten so Unterstützung in allen Fragen der Erziehung und Pflege von Kleinkindern bis zum sechsten Lebensjahr. Dabei werden sie vor allem zum Thema gesunde Ernährung und frühkindliche Entwicklungsförderung von Kleinkindern, aber auch in Fragen zu Kinderrechten geschult und ausgebildet. Damit wird der Schutz der ganzen Familie unterstützt und gestärkt und gleichfalls der Mangelernährung entgegengewirkt. Durch die Ausbildung werden außerdem die geschlechterspezifische Gewalt bekämpft und die Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann gefördert. Die Kosten für das Zentrum, das neben dem Schulungsraum auch als Kinderbetreuungsraum mit Küche, sanitären Anlagen und Wasserzisternen dient, belaufen sich auf rund 46.000 €, wovon der Freundschaftskreis Landkreis Mainz-Bingen / Distrikt Rusumo e. V. 10.000 € übernimmt.



Am Ende der Trainerausbildung erhalten die Teilnehmer ein offizielles Zertifikat.

© Landkreis Mainz-Bingen



#### Partnerschaft des Landkreises Südliche Weinstraße mit der Region Cyeru (Republik Ruanda)

Im Jahr 2020 können der Landkreis Südliche Weinstraße und seine Partnerregion Cyeru im Norden von Ruanda auf 35 Jahre Partnerschaft zurückblicken. Die vor mehr als drei Jahrzehnten geknüpften Kontakte haben bis heute Bestand, obwohl sich der Zuschnitt der Verwaltungsregion und die handelnden Personen änderten.

Die Partnerschaft durchlief nicht zuletzt durch den Genozid im Jahr 1994 ganz unterschiedliche Phasen der Unterstützung und der Möglichkeit, den Kontakt über die beiden Kontinente zu halten. Nicht zuletzt durch die rasante wirtschaftliche Entwicklung Ruandas und die Möglichkeit,

moderne Kommunikationsmittel zu nutzen, hat sich die Art der Kommunikation verändert. Dennoch gilt heute wie vor 30 Jahren, dass der persönliche Kontakt durch nichts zu ersetzen ist.

Diese Basis legte im Landkreis Südliche Weinstraße der langjährige Vorsitzende des Freundschafts- und Förderkreises durch regelmäßige, teilweise jährliche, Besuche vor Ort. Dadurch und durch die Begleitung durch das Partnerschaftsbüro des Landes Rheinland-Pfalz entstand das Vertrauen, das die Zusammenarbeit bis heute prägt und trägt. Denn so hatten die Mitglieder im Landkreis Südliche Weinstraße immer eine direkte Information, in welche Projekte finanzielle Fördermittel fließen und wie es mit der Umsetzung der Projekte aussieht. Gleichzeitig hatten die ruandischen Partner immer einen Ansprechpartner, mit dem sie vertrauensvoll zusammenarbeiten konnten, wenn Probleme bei der Umsetzung entstanden.

Heute unterstützt der Verein Projekte in den Regionen Cyuru, Gitovu, Rugendabari, Rusarabuge und Butaro bzw. solche, die von dort gesteuert werden. Zu den Projekten zählen die Unterstützung beim Bau von Grundschulen ebenso wie die Förderung eines Gesundheitszentrums. Direkte Hilfe konnte z. B. über mehrere Jahre durch die Förderung einer Frauengruppe mit Saatgut, Ziegen und Schafen geleistet werden. Die Erfolge über die Jahre werden auch durch die Verbesserung der Situation der Menschen vor Ort sichtbar. Seit einigen Jahren unterstützt der Förderverein auch Landwirtschafts- und Sozialprojekte für die Volksgruppe der Batwas, die bis vor einigen Jahren sehr traditionell als Jäger und Sammler lebten. Die Unterstützung zielt auf die bessere Integration in die Gesellschaft.

### Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“

Der Deutsche Landkreistag hat gemeinsam mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund unter Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dr. Gerd Müller, im November 2018 die Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ ins Leben gerufen. Sie lädt Kommunen dazu ein, gemeinsam mit ihren Bürgern und der lokalen Wirtschaft Spenden zu sammeln, um Schulbauprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern zu ermöglichen. Ziel ist dabei, vor allem dort Schulgebäude zu errichten, wo sie am dringendsten benötigt werden. Insbesondere in ländlichen Gebieten in Entwicklungs- und Schwellenländern ist häufig keine flächendeckende Bildungsinfrastruktur vorhanden. Häufig müssen Kinder dort lange Schulwege überwinden, was insbesondere Mädchen aus Angst der Eltern um ihre Sicherheit oftmals untersagt wird. Die Förderung von angemessenen Schulgebäuden, die auch mit Wasser und immer häufiger mit Schlafräumen für die Kinder ausgestattet sind, trägt so maßgeblich zur Förderung von Bildung bei. Damit wird der Grundstein

gelegt für ein selbstbestimmtes Leben. Bildung bietet die Chance auf Beschäftigung und die Möglichkeit, später einmal den Lebensunterhalt für sich und seine Familie zu verdienen. Der Einsatz für Bildung führt somit zu einer Verringerung von Armut und bietet den betroffenen Menschen Perspektiven in ihren Heimatländern. Es ist somit auch ein Einsatz für die Bekämpfung von Fluchtursachen.



Die Schule in Kaasya, Kenia, für die die kreisangehörige Stadt Oettingen des Landkreises Donau-Ries Spenden gesammelt hat, ist bereits eröffnet.  
© Welthungerhilfe

Die Idee zu der Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ geht zurück auf das Engagement des Landkreises Donau-Ries, der aus Spendengeldern von Bürgerinnen und Bürgern und der lokalen Wirtschaft über 20 Schulbauprojekte in Entwicklungsländern fördert. Landrat Stefan Röble, der sowohl Botschafter der Initiative als auch einer der von Bundesminister Müller Anfang des Jahres 2019 ernannten ehrenamtlichen Botschafter für kommunale Entwicklungspolitik ist, setzt sich neben seiner Tätigkeit als Landrat für den Schulbau in Entwicklungsländern ein. Seine Initiative gab den Anstoß, allen deutschen Kommunen solch ein Engagement möglichst niedrigschwellig zu ermöglichen.

Nach dem ersten Jahr der Initiative lässt sich eine positive Bilanz ziehen: Bereits über 40 Landkreise, Städte und Gemeinden setzen sich für die Spendensammlung ein, um den Bau von Schulen in Entwicklungsländern zu unterstützen. Hinzu kommen Unternehmen, Vereine und Privatpersonen, die dem Vorbild der Kommunen folgen. Auf diese Weise konnten im ersten Jahr gut 100 Schulbauprojekte

angestoßen werden. Über 20 dieser Schulen sind zum jetzigen Zeitpunkt schon eröffnet.

Bei der Umsetzung der Schulbauprojekte geht es vor allem darum, dass die Schulgebäude langfristig als Lehrstätten genutzt werden können und das Engagement somit nachhaltig ist. Deswegen werden die Schulbauten vor Ort von vertrauenswürdigen Organisationen umgesetzt, die Erfahrung im Schulbau in Entwicklungsländern haben und mit lokalen Baufirmen zusammenarbeiten. Auf diese Weise ist bisher eine Zusammenarbeit mit rund 15 in Deutschland ansässigen Organisationen entstanden, darunter auch Vereine, Stiftungen und Kirchengemeinden aus den jeweiligen Kommunen, die bereits Kontakt in bestimmte Länder hatten. Jede Kommune entscheidet dabei selbst, mit welcher Organisation sie zusammenarbeiten möchte. Als Projektpartner der Gemeinschaftsinitiative ist die Reiner Meutsch Stiftung „Fly & Help“ mit den meisten Projekten betraut. Sie hat seit ihrer Gründung im Jahr 2010 bereits mehr als 300 Schulbauprojekte weltweit realisiert. Die Stiftung, die Trägerin des Spendensiegels des „Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen“ ist, koordiniert und organisiert die Schulbauprojekte von Deutschland aus. Sie arbeitet mit Partnerorganisationen vor Ort zusammen, die schon über viele Jahre Erfahrung im jeweiligen Land gesammelt haben und die Bauarbeiten ständig überwachen. In den Bau werden die Bürger der Kommune, in der der jeweilige Schulbau entsteht, eng eingebunden. Zudem werden für die Umsetzung der Bauvorhaben möglichst Materialien verwendet, die in den Ländern zu finden sind.

Weitere Informationen zu der Initiative und den beteiligten Landkreisen sind auch auf der Webseite der Initiative zu finden: [www.1000schulenfuerunserewelt.de](http://www.1000schulenfuerunserewelt.de)



### **1.000 Schulen für unsere Welt – Der Landkreis Deggendorf packt mit an!**

„Wir wollen Menschen durch Bildung eine Zukunft in ihrer Heimat ermöglichen und Perspektiven vor Ort schaffen“, so der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter. Er unterstützt wie viele weitere Landräte und Bürgermeister in Deutschland die von den kommunalen Spitzenverbänden ins Leben gerufene Gemeinschaftsinitiative „1.000 Schulen für unsere Welt“. „Durch Bildung wird eine Grundlage gelegt, um als Erwachsener den Lebensunterhalt für sich und seine Familie erwirtschaften zu können. Es ist ein Beitrag zur Beseitigung von Fluchtursachen!“, so Bernreiter weiter.

Auf Initiative des Landrats hat sich der Landkreis Deggendorf im Herzen Niederbayerns am Beispiel der Kooperation des Landkreises Donau-Ries mit der Stiftung „Fly & Help“ orientiert und arbeitet aktuell daran, zwei Schulbauprojekte in Afrika zu verwirklichen. Um die Schulbauprojekte

realisieren zu können, setzte sich der Landrat mit Privatpersonen und Firmen, aber auch mit kreisangehörigen Gemeinden, Kirchengemeinden, Institutionen und Vereinen, sowie mit den verschiedenen im Landkreis angesiedelten Schulen in Verbindung. Aus allen Ecken des Landkreises konnten so kleinere und größere Spendenbeträge gesammelt werden. Eine der beiden Schulen nimmt bereits erste Formen an. Durch die großzügige Einzelspende des Rotary-Clubs Deggendorf in Höhe von 45.000 € kann in der Nähe des Viktoriasees eine Schule in Uganda gebaut werden. Hier werden neben Schulzimmern auch Schlaf- und Sanitärräume für die Kinder zur Verfügung stehen. Der Rotary-Club war von der Idee des Landrats so begeistert, dass sich daraus ein eigenes Schulbauprojekt entwickelte. Bereits im Sommer 2020 soll die Schule fertig sein und bezogen werden.



Eine Initiative der kommunalen Spitzenverbände

Durch die Mithilfe von Pfarrgemeinden, kreisangehörigen Gemeinden, Einzelpersonen, Firmen und vor allem örtlichen Schulen sammelt der Landkreis Deggendorf nun für das zweite Schulbauprojekt in Uganda. Hierfür haben sich die beteiligten Institutionen, Gruppen und Personen viele verschiedene Aktionen einfallen lassen. Einzelne Pfarreien veranstalteten eigens Gottesdienste, Pfarrfeste, Fastenessen und Konzerte. Firmen und Einzelpersonen gaben bereitwillig Spenden zu Gunsten der Gemeinschaftsinitiative. Besonders erfreulich ist, dass viele Schulen mit unterschiedlichen Aktionen, wie z. B. einem Weihnachtsbasar, Sammelaktionen innerhalb der Klassengemeinschaften und Spendenläufen, große und kleine Beiträge geleistet haben.

Nach dem Motto „Global denken, lokal handeln“ sollen so mit regionalen Mitteln gezielte Einzelprojekte in den ärmsten Regionen der Welt umgesetzt werden. Ziel soll es sein, echte Perspektiven vor Ort zu schaffen, um so den Menschen eine Zukunft zu Hause zu ermöglichen, Bildungsangebote zu machen und letztlich auch Fluchtursachen zu bekämpfen. Landrat Bernreiter ist es dabei wichtig, die Menschen in seinem Landkreis auf die Not andernorts aufmerksam zu machen und dafür zu werben, dass bereits kleine Beiträge in Form von Spenden helfen, damit in anderen Erdteilen Perspektiven geschaffen werden können. ■

### III. Nationales Engagement

Die Umfrage des Deutschen Landkreistages zu den entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise hat ergeben, dass innerhalb von Deutschland 76 % der aktiven Landkreise in der Entwicklungspolitik mit anderen Kommunen oder weiteren Akteuren zusammenarbeiten. Ein Schwerpunkt liegt hier sowohl auf der Zusammenarbeit mit kreisangehörigen Städten und Gemeinden als auch auf Schulen. Darauf folgen thematisch passende Initiativen und Verbände, Bürger, die lokale Wirtschaft sowie andere Initiativen und Vereine, wie z. B. Sportvereine. Die Zusammenarbeit mit religiösen Gemeinschaften und migrantischen Organisationen findet seltener statt. Ebenso ist die Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen laut Umfrageergebnis im Bereich der Entwicklungspolitik bisher nicht sonderlich ausgeprägt. Fast alle aktiven Landkreise binden allerdings den Kreistag oder einen Kreisausschuss in die entwicklungspolitischen Aktivitäten ein (vgl. Abb. 6).

**Besteht eine Zusammenarbeit mit anderen deutschen Kommunen oder weiteren Akteuren in Ihrem Landkreis oder ist eine Zusammenarbeit geplant?**

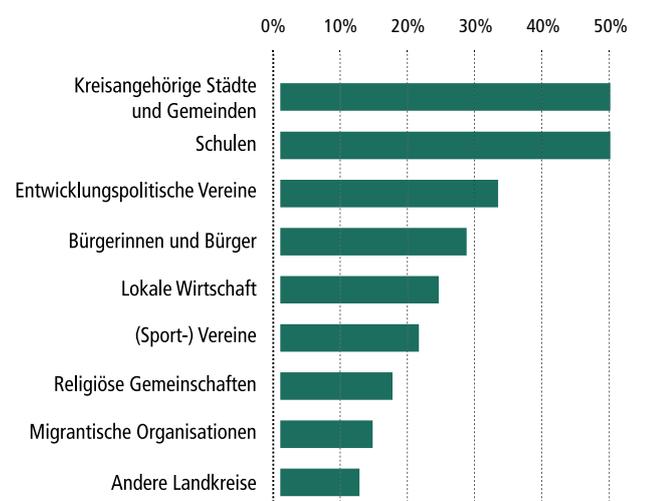


Abbildung 6

#### Nachhaltigkeitsstrategien

Ein Großteil der befragten Landkreise verfügt über keine offizielle Strategie zur Entwicklungspolitik (65 %). Wenn eine solche Strategie vorhanden ist, besteht sie meist im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie (11 %). Nachhaltigkeitsstrategien oder auch -leitbilder zeigen auf, wie sich der jeweilige Landkreis in den kommenden Jahren nachhaltig entwickeln soll. Dabei werden meist sehr viele oder sogar alle kommunalen Themen berücksichtigt, wobei meist konkrete Ziele und Handlungsschritte festgelegt werden. Die Strategie bzw. das Leitbild richtet sich meist an den Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals – SDG) der Agenda

2030 der Vereinten Nationen aus. In den Prozess zur Erstellung einer Nachhaltigkeitsstrategie und dessen Umsetzung werden meist vielfältige Akteure im Landkreis einbezogen.



Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen.

#### Die Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Steinfurt

Der Kreis Steinfurt hat von 2016 bis 2018 am Projekt Global Nachhaltige Kommune in NRW als eine von 15 Modellkommunen teilgenommen. In diesem Projekt wurde eine Nachhaltigkeitsstrategie für den Kreis Steinfurt entwickelt, bei der die Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (SDG) der Agenda 2030 auf den Kreis Steinfurt übertragen wurden.

Die Nachhaltigkeitsstrategie wurde in einem Multi-Stakeholder-Ansatz unter Einbeziehung von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung erarbeitet. In sechs ausgewählten Handlungsfeldern wurden strategische und operative Ziele sowie 80 konkrete Maßnahmen mit Zuständigkeit und Ressourcenplan definiert. Der Kreistag hat die Nachhaltigkeitsstrategie im Juli 2018 einstimmig beschlossen. Seither wird die Strategie umgesetzt und es finden jährlich Treffen der beteiligten Gremien statt, bei denen über den Stand der Umsetzung berichtet wird. Eine Fortschreibung ist alle zwei bis drei Jahre vorgesehen. Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Steinfurt wurde etwa als Maßnahme festgehalten, dass die Kreisverwaltung einen Vergabeleitfaden für faire Beschaffung entwickelt (vgl. S. 30).

Mit Veranstaltungen, Ausstellungen und durch intensive Öffentlichkeitsarbeit wird auf das Thema Agenda 2030 und die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung aufmerksam gemacht. Dafür wurden bspw. Bierdeckel im Dialekt Münsterländer Platt entwickelt, auf denen die Ziele in Form von bekannten westfälischen Bauernweisheiten sinngemäß dargestellt werden. Die 85.000 gedruckten Bierdeckel wurden

in Gaststätten und Restaurants verteilt sowie bei großen Veranstaltungen im Kreis Steinfurt verwendet.



Das Förderprogramm der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“, durch das im Kreis Steinfurt eine Projektstelle finanziert wird, konnte erfolgreich um zwei weitere Jahre bis Juni 2021 verlängert werden. In der zweiten Förderphase sollen aus der Nachhaltigkeitsstrategie verstärkt Projekte im Sinne der Agenda 2030 in Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Gemeinden initiiert werden.



### Leitbild „Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach“

Der Landkreis Amberg-Sulzbach hat das bisher bestehende Leitbild in einem mehrjährigen Prozess orientiert an den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen neu aufgelegt. Aktive aus den verschiedenen regionalen Initiativen im Landkreis, aus Politik und aus Verwaltung entwickelten dabei gemeinsam das Leitbild „Deine Zukunft 2030. Amberg-Sulzbach“ mit konkreten Zielen und Maßnahmen für den Landkreis. Zur Verstetigung wurde ein Nachhaltigkeitsrat gebildet, der sich unter Einbezug von Fachexperten konkret mit den Nachhaltigkeitszielen auseinandersetzt. Ihm gehören neben einem Vertreter der kreisangehörigen Gemeinden und den im Kreistag vertretenen Fraktionen auch die jeweiligen Fachsprecher aus den fünf Handlungsfeldern des Leitbildes (Sozialer Zusammenhalt, Bildung, Wirtschaft und Tourismus, Klima und Energie, Natürliche Ressourcen), sowie aus Querschnittsthemen (z. B. Inklusion) an.

Der Prozess wird von der neu eingerichteten „Koordinationsstelle Leitbild“ koordiniert. Zudem stellt der Kreistag für die Umsetzung der Leitbildziele ein Budget zur Verfügung. Um eine möglichst breite Beteiligung bei der Umsetzung zu erreichen, können landkreisweit Initiativen einen Antrag über die „Förderrichtlinie Nachhaltigkeit“ stellen. Sie ist ein erfolgreiches Instrument, um Projekte, die den Zielen

des Leitbildes entsprechen, unbürokratisch finanziell zu unterstützen.

In Zukunft soll der Fokus noch mehr auf die Beteiligung der Kreisverwaltung, der kreisangehörigen Gemeinden und der Bürger gelegt werden. Dazu sollen auch die bestehenden regionalen Akteure und Verbände mit ihren jeweiligen Maßnahmen, Konzepten und Projekten noch mehr untereinander abgestimmt und synchronisiert werden.

Der Landkreis Amberg-Sulzbach wurde für seinen Leitbildprozess mit dem Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis „Zeitzeichen“ 2019 in der Kategorie Nachhaltige Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung ausgezeichnet.



### Nachhaltigkeitsziele des Kreises Nordfriesland

Im Rahmen des Projekts „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ engagiert sich der Kreis Nordfriesland für die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele. Der Kreistag hat beschlossen, die bisherigen strategischen Ziele des Kreises mit den Nachhaltigkeitszielen in einer Strategie zusammenzuführen und dabei auch das bestehende Klimaschutzkonzept einzubinden.

Als Grundlage für die Strategiediskussion und ein langfristiges Monitoring wurden zunächst die wesentlichen Indikatoren, die für eine nachhaltige regionale Entwicklung maßgeblich sind, mit statistischen Zahlen für Nordfriesland beschrieben. Sie zeigen für zahlreiche Lebensbereiche auf, wie nachhaltig Nordfriesland ist und wo Handlungsbedarf besteht. Die Auswahl dieser Indikatoren verweist auf nahezu alle kommunalen Handlungsfelder: von Konsum und Beschaffung, Umwelt und Natur, Ernährung, Gesundheit, Wohnen, Energie, Mobilität sowie Arbeiten bis Wirtschaftsförderung.

Neben der kommunalen Verantwortung wird auch die notwendige breite Mitwirkung aller gesellschaftlicher Akteure an der Gestaltung nachhaltiger Lebensweisen deutlich. Die regionale Nachhaltigkeitsstrategie ist deswegen für den Kreis Nordfriesland der Ausgangspunkt, um gemeinsam mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie der Zivilgesellschaft strategische und operative Ziele für die erkannten Handlungsfelder zu entwickeln und umzusetzen. Für einen wirkungsorientierten Maßnahmen- und Ressourceneinsatz sollen Produkte und Leistungen im Kreishaushalt auch den Indikatoren zugeordnet werden. Das Grundkonzept der Nachhaltigkeitsstrategie soll im Rahmen einer Auftaktkonferenz sowohl politischen Vertretern des Kreises als auch Kreismitarbeitern und Vertretern der Zivilgesellschaft vorgestellt werden. Inhaltlich wird der Fokus zunächst auf das Handlungsfeld der nachhaltigen Beschaffung gelegt. ■

## Nachhaltige Beschaffung und fairer Handel

Immer mehr Landkreise engagieren sich im Themenbereich der nachhaltigen Beschaffung und des fairen Handels. So hat die Umfrage des Deutschen Landkreistages zu den entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise ergeben, dass 60 % der aktiven Landkreise fair gehandelte Produkte einkaufen und bei der Vergabe nachhaltige Kriterien berücksichtigen. Unter nachhaltiger Beschaffung versteht man dabei einen Prozess, Produkte und Dienstleistungen zu beschaffen, die von der Herstellung bis zur Entsorgung, unter Berücksichtigung sozialer, ökologischer und ökonomischer Aspekte, geringere Folgen für die Umwelt haben als vergleichbare Produkte und Dienstleistungen. Bei der nachhaltigen Beschaffung handelt es sich meist um einen langfristigen Prozess, der häufig im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie umgesetzt wird. Daneben engagieren sich immer mehr Landkreise für den fairen Handel. Ziel des fairen Handels ist es, dass meist Kleinbauernfamilien in Entwicklungs- und Schwellenländern ein angemessener Preis für ihre Produkte, wie Kaffee, Tee oder Baumwolle gezahlt wird. Zudem setzt sich der faire Handel für menschenwürdige Arbeitsbedingungen für Beschäftigte auf Plantagen ein. Immer mehr Landkreise lassen sich für ihr diesbezügliches Engagement als Fairtrade-Landkreise auszeichnen. ■

### **Fairtrade-Landkreise – Impulsgeber für fairen Handel und Nachhaltigkeit**

von *Dieter Overath*, Geschäftsführender Vorstand, TransFair-Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt



Inzwischen gibt es fast 30 Fairtrade-Landkreise in Deutschland – Tendenz steigend.

© Jakub Cezary Kaliszewski

Die Idee klingt verrückt: In einer Stadt Menschen zusammenzubringen, die sich gemeinsam für den fairen Handel einsetzen. 2001 setzte der Engländer Bruce Crowther solange alle Hebel in Bewegung, bis seine 4.000 Seelen große Heimatgemeinde Garstang an der englischen Nordwestküste als erste Fairtrade-Town der Welt ausgezeichnet wurde. Seitdem sind weltweit mehr als 2.200 Kommunen in 36 Ländern dem Beispiel des kleinen Städtchens gefolgt. Vor allem in Deutschland: 2009 wurde hier mit Saarbrücken

die erste Fairtrade-Town ausgezeichnet. Mittlerweile gibt es hierzulande mehr als 600 Städte, knapp 30 Landkreise sowie zwei Metropolregionen, außerdem beteiligen sich über 600 Schulen und knapp 30 Universitäten an den Fairtrade-Kampagnen.

### *Global denken, lokal handeln*

Armut in den Produktionsländern des Südens, Umweltverschmutzung, Ressourcenverschwendung – der Wandel zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise ist dringend notwendig. Auch Landkreise, Städte und Gemeinden spielen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung internationaler Nachhaltigkeits- und Entwicklungsstrategien wie den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen – besser bekannt als Sustainable Development Goals (SDG). Die 17 Ziele dienen der Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer und ökologischer Ebene. Fairer Handel und nachhaltiger Konsum rücken damit in den Fokus des eigenen Tuns. Die Kampagne Fairtrade-Towns bietet kommunalen Umwelt- und Nachhaltigkeitsbeauftragten ebenso wie Politikerinnen und Politikern, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft konkrete Ansatzpunkte, um das Motto „global denken, lokal handeln“ mit Leben zu füllen.

### *Verwaltungen haben Marktmacht*

Ein wichtiger Punkt dabei ist die faire Beschaffung. Verwaltungen nehmen bei der Umstellung auf nachhaltige Produkte eine Vorbildfunktion ein und besitzen als Auftraggeber eine Marktmacht: Von Fairtrade-Kaffee in öffentlichen Einrichtungen über faire Fußballer für Schulen bis zu Berufskleidung mit fairer Baumwolle – die Mengen, die sie einkaufen, machen selbst kleinere Verwaltungen zu wichtigen Handelspartnern. Zudem besteht die Möglichkeit, über Sammelbestellungen die Mengen zu erhöhen und so bessere Konditionen zu erwirken.

### *Engagement verbindet*

Neben den wirtschaftlichen Aspekten zeigt sich bei den über 600 fairen Kommunen, dass die Fairtrade-Towns-Kampagne Menschen über ihr gemeinsames Engagement zusammenbringt. Daraus entsteht eine ganz eigene Dynamik, die eine Kommune bereichert und sich auf vielfache Weise zeigt: z. B. bei der Einbindung des fairen Handels bei kommunalen Festen, Events oder Aktivitäten. Aber auch mit neuen Initiativen für mehr faire Produkte im Einzelhandel, der Gastronomie oder dem Stadtmarketing. Aus der Idee, Kommunen zu Botschaftern des fairen Handels zu machen, ist ein riesiges Netzwerk geworden – mittlerweile leben über die Hälfte der Deutschen in einer Fairtrade-Stadt oder einem Fairtrade-Landkreis. Das zeigt, fair kommt bei den Bürgerinnen und Bürgern an. Weitere Informationen unter [www.fairtrade-towns.de](http://www.fairtrade-towns.de).

### So wird man Fairtrade-Landkreis

Damit ein Landkreis die Auszeichnung zum Fairtrade-Landkreis erhält, muss er die folgenden fünf Kriterien erfüllen:

1. Es muss ein Beschluss des Kreistages vorliegen.
2. Eine Steuerungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten. Diese Gruppe besteht mindestens aus drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft.
3. In Einzelhandelsgeschäften und bei Floristen sowie in Cafés und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus fairem Handel angeboten. Richtwert für die Anzahl der Betriebe ist die Einwohnerzahl.
4. In öffentlichen Einrichtungen werden Produkte aus fairem Handel verwendet. Darüber hinaus werden Bildungsaktivitäten umgesetzt.
5. Die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten auf dem Weg zum Fairtrade-Landkreis.

der Kreis Wesel seitdem durchgehend den Titel „Transfair-Kreis“. Darüber hinaus trägt er seit 2013 gemeinsam mit 21 anderen Städten als erste Großregion den Titel „Faire Metropole Ruhr“.

Bei ihren Fairtrade-Aktivitäten legt die Weseler Kreisverwaltung ihren Fokus auf die Beschaffung von fairen Werbemitteln. In diesem Jahr sind bspw. faire Turnbeutel und faire Veggie-Bags als Give Aways angeschafft worden. Die Veggie-Bags können in der Kreiskantine erworben werden. Alle fair gehandelten Werbeartikel werden seit kurzem auch im Online-Shop des Kreises angeboten. Außerdem werden u. a. in der Kreishauskantine fair gehandelte Lebensmittel angeboten und verarbeitet.

Der Kreis Wesel bemüht sich kontinuierlich darum, den Fairtrade-Gedanken in das Verwaltungshandeln zu integrieren und auch in der Bevölkerung präsenter zu machen. Dies tut er z. B. in Form von fairen und regionalen Aktionswochen in der Kreishauskantine, bei Infoveranstaltungen für kommunale Beschaffer, Kindergärten und Schulen, mit verschiedenen Ausstellungen zum Thema Fairtrade im Kreishaus-Foyer und über Gewinnspiele mit fair gehandelten Preisen. Häufige Kooperationspartner hierbei sind die kreisangehörigen Gemeinden. So werden auch die kreisweiten Fairtrade-Aktivitäten in einer gemeinsamen Arbeitsgruppe geplant und koordiniert. Im vergangenen Jahr wurde z. B. eine Fairtrade-Mailing-Aktion durchgeführt, bei der täglich eine E-Mail mit ansprechend aufbereiteten Informationen rund um das Thema Fairtrade an alle Mitarbeitenden der Kreisverwaltung geschickt wurde.



### Der Fairtrade-Kreis Wesel



Faire Werbemittel des Kreises Wesel.  
© Kreis Wesel

Die Entscheidung, den fairen Handel auch als Kreisverwaltung aktiv zu fördern und den Fairtrade-Gedanken voran zu bringen, fiel im Weseler Kreistag im Juni 2010. Im Rahmen der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ bewarb sich der Kreis Wesel um den Titel Fairtrade-Landkreis. Daraufhin unterzeichnete der Kreis Wesel die Magna Charta 2010 und nahm die ILO-Kernarbeitsnormen in die Dienstanweisung auf. Im Dezember 2011 zeichnete die Organisation TransFair e.V. den Kreis Wesel dann als dritten Fairtrade-Kreis bundesweit aus. Aufgrund von erfolgreichen Rezertifizierungen in den Jahren 2013 und 2017 trägt



### Zusammenarbeit im Landkreis Fürth für die faire Beschaffung und den fairen Handel

Im Jahr 2017 startete der Landkreis Fürth mit dem Projekt „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“. Aufbauend auf dem großen Engagement von sieben kreisangehörigen Gemeinden (allesamt bestehende oder angehende Fairtrade-Towns) wurde die Koordinierungsstelle geschaffen, um die Schwerpunktthemen fairer Handel und faire Beschaffung weiter voranzutreiben. Die Finanzierung der Eigenmittel teilen sich sieben kreisangehörige Gemeinden, die Landkreisverwaltung stellt den Arbeitsplatz. Zentrale Aufgabe der Koordinatorin ist die Vernetzung der teilnehmenden Verwaltungen sowie der Ehrenamtlichen in den Fairtrade-Town-Steuerungsgruppen. Gemeinsam werden Maßnahmen zur Sensibilisierung der Mitarbeiter und der Bevölkerung entwickelt. Mit der landkreisweiten Fairen Woche sowie einem Agenda-2030-Kino konnten seit Beginn zwei Veranstaltungsreihen fest etabliert werden. In den landkreiseigenen Schulen werden zudem Workshoptage durchgeführt.

Im Bereich der fairen Beschaffung wurde zunächst das eigene Verwaltungshandeln analysiert, um im Anschluss

verschiedene Fortbildungsmaßnahmen durchzuführen. Es wurde ein Leitfaden erstellt, der allen Verwaltungen als Handlungsempfehlung dient. Mit Stand September 2019 haben vier Kommunen einen Ratsbeschluss zur fairen Beschaffung verabschiedet. In der Landkreisverwaltung wird derzeit an der Einrichtung einer zentralen Vergabestelle gearbeitet, in diesem Zuge soll das Thema weiter verankert werden. Die Landkreisschulen spielen heute mit fairen Bällen, welche halbjährlich über eine Sammelbestellung bezogen werden.

Das Engagement in der kommunalen Entwicklungspolitik wird weiter ausgebaut. Der Landkreis Fürth beteiligt sich in Kooperation mit den evangelischen Dekanaten Fürth und Siha / Tansania mit dem Bau einer Handwerkerschule an der Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“. Als weiterer Schwerpunkt soll zukünftig die Agenda-2030 mit ihren 17 Nachhaltigkeitszielen thematisiert werden und in das Verwaltungshandeln einfließen.



### **Vergabeleitfaden für faire Beschaffung des Kreises Steinfurt**

Der Kreis Steinfurt wurde bereits 2015 als Fairtrade-Kreis ausgezeichnet und konnte diesen Titel erfolgreich bis 2021 verlängern. Der Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik des Kreises unterstützt die kreisangehörigen Städte und Gemeinden auf ihrem Weg zu Fairtrade-Towns. Bereits 14 von 24 Kommunen machen bei der Kampagne „Fairtrade-Town“ mit, wobei 11 Kommunen bereits als Fairtrade-Towns ausgezeichnet sind und drei weitere einen Ratsbeschluss hierzu gefasst haben.

Zum thematischen Austausch der Fairtrade-Steuerungsgruppen organisiert der Koordinator gemeinsam mit der Eine-Welt-Promotorin halbjährlich „Fair“netzungstreffen. Dabei steht neben dem gegenseitigen Kennenlernen insbesondere der Austausch über Veranstaltungs- und Projektideen im Fokus. Darüber hinaus werden lokale Steuerungsgruppen bspw. bei der Ausrichtung und bei der Bewerbung von Veranstaltung unterstützt. So wurden in der Veranstaltungsreihe „Fairnesscheck“ unterschiedliche Themen wie Geldanlage, Schmuck, Bekleidung und Reisen im Hinblick auf den fairen Handel beleuchtet. Der Kreis Steinfurt beteiligt sich ebenfalls an der Fairen Woche mit Ausstellungen und Informationsständen in den eigenen Räumlichkeiten. Zudem werden in der Kantine Speisen aus fair gehandelten Lebensmitteln angeboten.

Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Kreises Steinfurt (vgl. Seite 26) wurde als Maßnahme außerdem festgehalten, dass die Kreisverwaltung einen Vergabeleitfaden für faire Beschaffung entwickelt. In diesem Rahmen wurde auch ein Informationstag für die Mitarbeiter der Kreisverwaltung mit Anschauungsbeispielen für faire Beschaffung ausgerichtet. Gemeinsam mit der Stadt Münster,

den Vereinen Vamos, Aktion Humane Welt und dem Eine-Welt-Netz NRW richtete der Kreis Steinfurt im Februar 2020 die Veranstaltung „Freiwillig Fair – Global verantwortliche Beschaffung im Münsterland“ aus.



### **Landkreis Lindau: Austausch über nachhaltige Beschaffung am Bodensee**

Der Landkreis Lindau (Bodensee) hat von 2017 bis 2019 am Projekt „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ mit dem Ziel teilgenommen, das entwicklungspolitische Engagement in den diversen Lebensbereichen zu steigern und Grundlagen zu schaffen, um es nachhaltig weiterzuführen. Ein Themenschwerpunkt lag dabei auf dem Bereich der nachhaltigen Beschaffung im Landkreis.

Zu diesem Thema wurden während des Projekts zwei Veranstaltungen durchgeführt: Um die Berücksichtigung von Kriterien der Nachhaltigkeit bei Beschaffungsvorhaben besser integrieren zu können, wurde mit der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung beim Beschaffungsausschuss des Bundesministeriums des Innern zunächst ein Seminar für Verwaltungsmitarbeitende des Landkreises veranstaltet.

Die länderübergreifende Veranstaltung „Nachhaltig beschaffen – Bodenseetagung für die öffentliche Hand“ im November 2018 in Zusammenarbeit mit dem Landkreis Konstanz, den schweizer Kantonen St. Gallen und Thurgau sowie dem Umweltverband Vorarlberg aus Österreich thematisierte den verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen. Bei der Veranstaltung informierten Referenten aus Deutschland, Österreich und der Schweiz rund 120 Mitarbeitende der Verwaltungen der Bodensee Anrainerstaaten über Hintergründe und Möglichkeiten zur nachhaltigen Beschaffung. Seit der EU-Vergaberechtsreform 2016 können Nachhaltigkeitsaspekte bei der Vergabe öffentlicher Aufträge verstärkt berücksichtigt werden. Die Referenten der Bodenseetagung gaben unter anderem anhand von erfolgreichen Beispielen Antworten auf die Frage, wie nachhaltige Beschaffung in der Bodenseeregion gestaltet werden kann.

Dabei wurden auch die Chancen von Verwaltungskooperationen erörtert. In insgesamt acht Fachforen wurden außerdem die Bereiche Reinigungsdienstleistungen, Außenhausverpflegung, IT, Elektromobilität, Büromaterialien, Hochbau, Vergaberecht und Kommunikationsstrategien beleuchtet. Auf einem Forum diskutierten Regionalpolitiker und Entscheidungsträger der Verwaltungen außerdem die Bedeutung von nachhaltiger Beschaffung in der Bodenseeregion. Gefördert wurde die Tagung aus dem Kleinprojektfonds der Internationalen Bodensee-Konferenz.



### Aktionen zur Bewusstseinsbildung für fairen Handel im Landkreis Schweinfurt



Landrat Florian Töpfer mit den Zweitklässlern der Grundschule Gerolzhofen bei der Übergabe der Möhrchenhefte.

© Landratsamt Schweinfurt, Uta Baumann

Seit April 2017 ist der Landkreis Schweinfurt Fairtrade-Landkreis, der Titel wurde 2019 um weitere zwei Jahre verlängert. Ein besonderes Augenmerk des Landkreises Schweinfurt liegt auf der Information seiner rund 115.000 Einwohner zur Thematik des fairen Handels. Neben der Teilnahme an Messen und Festivals, u. a. an der Landesgartenschau 2018 in Würzburg, organisiert die Steuerungsgruppe „Fairtrade-Landkreis Schweinfurt“ bspw. auch Vorträge über den fairen Handel. Gut besucht war der Vortrag „Reiche Unternehmer, arme Erzeuger: wohin geht die Reise beim fairen Handel?“ im September 2018. Der Redner erläuterte den Unterschied zwischen fairem Handel als Marketingmasche und als nachhaltiges Instrument für eine gerechtere Welt. Großen Anklang fand 2018 auch die Übergabe von fair hergestellten Fußbällen im Landkreisdesign an die Schulen in Trägerschaft des Landkreises. Die ohne Kinderarbeit hergestellten Bälle sollen Schülern spielerisch die Möglichkeit geben, mit der Thematik Fairtrade in Kontakt zu kommen.

Die Schwerpunktaktion im Jahr 2019 möchte Grundschüler für fairen Handel und Nachhaltigkeit sensibilisieren. Daher verschenkt Landrat Florian Töpfer das pädagogisch wertvolle und nachhaltige „Möhrchenheft“ an alle Zweitklässler im Landkreis Schweinfurt. Neben Platz für die Hausaufgaben beinhaltet es auch zehn Themenseiten, die den Kindern Globalisierung und fairen Handel näherbringen sollen. Maskottchen „Kiki Karotte“ führt die Grundschüler durch das Schuljahr und erklärt bspw. spielerisch, wie Kinder auf der ganzen Welt Geburtstag feiern oder welche lange Reise eine Jeans hinter sich hat, ehe sie in Deutschland verkauft wird. Das Hausaufgabenheft leistet so einen wichtigen und zugleich altersgerechten Beitrag zur entwicklungspolitischen Bildung bereits im Grundschulalter.



### Die fairen Aktivitäten des Saarpfalz-Kreises

2015 wurde der Saarpfalz-Kreis erstmals als Fairtrade-Landkreis ausgezeichnet, 2017 und 2019 folgten die Rezertifizierungen. Seither wuchs kreisweit ein Netzwerk aus drei Fairtrade-Kitas, fairen Schulklassen, drei Fairtrade-Schools und vier Fairtrade-Towns. Es gibt eine landesweite Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Entwicklungspolitik Saarland und der Arbeitsgruppe „FAIR führt im Saarland!“ aus der Fairtrade-Initiative Saarland, den Fairtrade-Kreisen Saarlouis, Neunkirchen, dem Regionalverband Saarbrücken und der Stadt Merzig. Die Idee ist, das Saarland zum ersten fairen Bundesland zu entwickeln.

Neben dem Bezug von Produkten aus fairem und regionalem Handel bei der Veranstaltungsbewirtung und beim FAIR-schenken, führt der Saarpfalz-Kreis regelmäßig Aktionen durch. Im Folgenden werden einige Beispiele aufgeführt:

- Fairtrade trifft Gourmet – fair-regional-lecker: Ein ehemaliger Sternekoch bereitet aus fairen und regionalen Produkten Speisen mit dem Ziel, über die Verköstigung und Informations- und Probiertische bei einer parallelen Hausmesse regionale Gastronomen und weitere Gäste für die Verwendung von fairen Produkten zu sensibilisieren. Eine Studentin evaluierte die Akzeptanz fairer und regionaler Produkte bei den Gästen.
- Stoff- statt Plastiktaschen und Upcycling: Mitarbeiterinnen einer Beschäftigungsgesellschaft des Kreises nähen Stofftaschen aus Stoff, der nach dem Global Organic Textile Standard zertifiziert wurde. Die Stofftaschen werden auf Märkten gegen Plastiktaschen eingetauscht. Diese werden upgecycelt und kreativ wiederverwendet.
- Faire Schultüte: Anhand von Aktionstischen und Beratung in zwei Weltläden und zwei Kitas legt die kreisweite Kampagne ein Augenmerk auf den Inhalt von Schultüten.
- Programm und Schulwettbewerb Energie-Wasser-Abfall Plus: Dieses Programm fördert Kreisschulen bei der Umsetzung des Konzeptes „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ und der Gestaltung eines gesunden und ökologischen Schulumfeldes. Dabei werden auch die Bereiche des fairen Handels und Schulpartnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern berücksichtigt.
- Think global – shake local!: Hierbei handelt es sich um eine Wette um die Herstellung und den Verkauf von Shakes aus regionaler Milch und fair gehandelten Zutaten. Schülergruppen zweier UNESCO-Gymnasien des Kreises wetteten gegen die jeweiligen Oberbürgermeister und den Landrat, 1.000

selbstproduzierte Shakes auf ihrem Schulgelände verkaufen zu können. Zudem wurde über den Hintergrund der Wertschöpfungsketten informiert.



### **Beschaffung von nachhaltigen Büroartikeln im Landkreis Holzminden**

Der Landkreis Holzminden hat seine Verwaltung auf nachhaltige Büroartikel umgestellt und für seine Bemühungen einen im Jahr 2018 vom Wirtschaftsministerium des Landes Niedersachsen ausgelobten Klimaschutzpreis erhalten. Nach einer umfassenden Analyse haben mittlerweile 70 % aller Bürobedarfsartikel des Landkreises ein Umweltsiegel. Die Umstellung verlief kostenneutral.

Rund 14.000 Produkte des Bürobedarfs wurden 2015 in der Verwaltung des Landkreises Holzminden benötigt. Die wenigsten davon wurden unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte angeschafft. Bei der Anschaffung spielten vor allem Qualität und Preis die entscheidende Rolle, nicht aber eine umweltverträgliche Herstellung oder eine hohe Lebensdauer. Dabei steckt gerade im Bereich der Beschaffung ein enormes Nachhaltigkeitspotential, da 20 % des Bruttoinlandproduktes jährlich für das Beschaffungswesen aufgewendet werden. Damit können gezielt Umwelt- bzw. Klimaschutzbelange und mittelbar auch die Entwicklung innovativer umweltfreundlicher Produkte unterstützt werden.

Zunächst wurde im Landkreis Holzminden dezernatsübergreifend der bisherige Verbrauch von Büroartikeln innerhalb eines Jahres erfasst, um anschließend zu prüfen, inwieweit es Alternativen mit verlässlichen Umweltsiegeln gibt. Bei der Suche nach ökologisch sinnvollen Alternativprodukten wurde auf ausgewiesene Zertifizierungen zurückgegriffen. Umweltlabels wie der „Blaue Engel“, „FSC“ oder der „PEFC“ waren für die Auswahl von Bürobedarfsprodukten hilfreiche und verlässliche Produktkennzeichnungen. Unterstützung gab es auch durch das Kompetenzzentrum Innovative Beschaffung des Bundeswirtschaftsministeriums, das den Prozess aktiv begleitete.

Dass es nicht noch mehr sind als 70 % aller Bürobedarfsartikel, die im Landkreis Holzminden ökologisch nachhaltig eingekauft werden, hat einerseits mit praxisorientierten Kompromissen zu tun, z. B. haben sich Alternativen für Heftklammern im Verwaltungsalltag nicht als sinnvoll erwiesen, und andererseits mit finanziellen Fragen: Einige Alternativprodukte sind preislich nicht konkurrenzfähig. Die nun nachhaltig angeschafften Produkte kosten nicht mehr als die bisher bezogenen.



### **Rhein-Hunsrück-Kreis: Mehrfachgewinner des Papieratlas-Wettbewerbs**

Der Papieratlas, der 2008 von der Initiative Pro Recyclingpapier ins Leben gerufen wurde, soll mittels eines positiven Wettbewerbs die Verwendung von Recyclingpapier mit dem Blauen Engel in den deutschen Kommunen voranbringen. Seit dem Jahr 2018 gibt es eine eigene Kategorie für Landkreise, in der alle deutschen Landkreise die Möglichkeit haben, sich in einem eigenen Wettbewerb um die höchsten Recyclingpapierquoten zu messen. In Kooperation mit dem Deutschen Landkreistag, dem Bundesumweltministerium und dem Umweltbundesamt soll damit die nachhaltige Papierbeschaffung auf kommunaler Ebene weiter vorangebracht werden. Die 294 Landkreise repräsentieren 68 % der deutschen Bevölkerung und bergen somit ein besonderes Potenzial zum Schutz natürlicher Ressourcen durch die Umstellung auf Papier mit dem Blauen Engel.

Sieger im Jahr 2018 war der Rhein-Hunsrück-Kreis. Die Landkreise Schweinfurt und Ebersberg erhielten ebenfalls eine Auszeichnung. Im Jahr 2019 wurde der Rhein-Hunsrück-Kreis erstmals als Mehrfachsieger ausgezeichnet, da er seine vorbildhaften Leistungen aus dem Jahr 2018 bestätigen konnte. Als recyclingpapierfreundlicher Landkreis 2019 wurde der Kreis Höxter ausgezeichnet. Auf den Plätzen zwei und drei folgten der Landkreis Ahrweiler und der Landkreis Schweinfurt. Alle drei Landkreise setzen zu 100% Recyclingpapier mit dem Blauen Engel ein, sodass die jeweils erzielten Sonderpunkte für noch darüber hinausgehendes Engagement der Kreisverwaltungen den Ausschlag für die endgültige Platzierung gaben. Der Landkreis Ahrweiler wurde zudem als Aufsteiger des Jahres geehrt, da die Kreisverwaltung ihren Papierverbrauch innerhalb eines Jahres vollständig auf Recyclingpapier umgestellt hat.

Recyclingpapier mit dem Blauen Engel ist ein effizientes Instrument, um wertvolle Ressourcen zu schonen. Bei gleichen Verwendungsmöglichkeiten und gleicher Qualität werden mit Recyclingpapier rund 60 % weniger Energie und Wasser benötigt. Im Jahr 2018 feierte das Umweltzeichen Blauer Engel sein 40-jähriges Jubiläum; den Blauen Engel für Recyclingpapier gibt es ebenfalls seit mehreren Jahrzehnten. Neben der Herkunft der Rohstoffe berücksichtigt der Blaue Engel auch Umwelt- und Gesundheitsaspekte bei der Produktion und dem Einsatz des Papiers. ■

## IV. Rahmenbedingungen: Organisation, rechtliche Aspekte und Fördermöglichkeiten

### Gemeinsam für eine nachhaltig bessere Zukunft Immer mehr Landkreise, Städte und Gemeinden übernehmen globale Verantwortung

von Dr. Stefan Wilhelmy, Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global

Seitdem Deutschland den zweiten sehr trockenen Sommer in Folge mit immer neuen Hitzerekorden erlebt hat und Jugendliche und junge Erwachsene regelmäßig freitags für ihre Zukunft demonstrieren, ist der Klimawandel nicht mehr nur ein abstraktes Phänomen von Klimawissenschaftlern und Meteorologen, sondern eingedrungen in das Bewusstsein unserer Gesellschaft.

Viele Entwicklungs- und Schwellenländer sind schon deutlich länger von den Folgen massiv betroffen, obwohl sie deutlich weniger Treibhausgase ausstoßen. Überschwemmungen, Wirbelstürme, steigende Meeresspiegel und langanhaltende Dürren machen Entwicklungserfolge weltweit zunichte.

Eine in Länge und Härte einmalige Dürreperiode zwischen 2006 und 2011 ruinierte bspw. Syriens Landwirtschaft und führte zu einer massiven Landflucht von Bauern, Viehzüchtern und deren Familien in die Städte. Auch dort wurden dann Wasser und Lebensmittel zu Mangelwaren. Ein schlechtes Management der knappen Ressourcen gepaart mit politischer Unterdrückung durch das Assad-Regime sind zentrale Ursachen des Bürgerkriegs, der bis heute anhält und dessen Folgen auch in Deutschland deutlich spürbar wurden.

#### *Zeit zu handeln*

Immer mehr Menschen weltweit richten daher ihr Handeln darauf aus, dass unser Leben auf dem Globus sozial gerechter, solidarischer und ökologisch nachhaltiger wird. Über 800 deutsche Landkreise, Städte und Gemeinden nutzen inzwischen das Programmangebot der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global und stellen sich ihrer Globalen Verantwortung - und monatlich werden es mehr.

Die Präambel der Agenda 2030 gibt uns dabei mit den sogenannten „fünf P“ die Leitlinien für unser Engagement vor:

- **People:** die Würde des Menschen steht im Zentrum, eine Welt ohne Armut und Hunger ist möglich;
- **Planet:** den Planeten schützen, Klimawandel begrenzen, natürliche Lebensgrundlagen bewahren;
- **Prosperity:** Wohlstand für alle fördern, die Globalisierung sozial gerecht gestalten;

- **Peace:** Frieden, Menschenrechte und gute Regierungsführung fördern;
- **Partnerships:** globale Partnerschaften aufbauen, global gemeinsam voranschreiten.



#### *Die Schlüsselrolle der Landkreise*

Nachhaltige Entwicklung berührt nahezu alle Bereiche des lokalen Handelns. Die Kommunen sind Versorger, Planer, Beschaffer und Botschafter. Der Wandel hin zu einer zukunftsfähigen und gerechten Gesellschaft und zu einem globalen Miteinander gelingt dort, wo sich die Bürgerinnen und Bürger vor Ort aktiv einbringen, ihre Ideen aufgegriffen und ihre Bedürfnisse berücksichtigt werden. Den Landkreisen, Städten und Gemeinden kommt bei der Umsetzung der Agenda 2030 daher eine Schlüsselrolle zu.

Kommunale Daseinsvorsorge ist eine Kernkompetenz der Landkreise, die auch für Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern interessant ist. Dies gilt insbesondere für die Themenbereiche Abfallentsorgung und Recyclingwirtschaft, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung sowie erneuerbare Energien. Ebenso sind die Errichtung von Krankenhäusern und die Sicherstellung der stationären Gesundheitsversorgung sowie der Bildungsbereich, vor allem die Berufsbildung, wichtig für die Partnerkommunen. Zudem hat die kommunale Selbstverwaltung in Deutschland weltweit einen hervorragenden Ruf und deutsche Kommunen sind daher gefragte und verlässliche Partner beim Aufbau selbstverwalteter Kommunalstrukturen.

Auch die deutschen Landkreise profitieren von einer kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern verfügen bereits über vielfältiges Know-how in auch für uns drängenden Handlungsfeldern. Die Anpassung an den Klimawandel, Migration oder Digitalisierung der kommunalen Verwaltung und

Bürgerdienste sind auch für deutsche Kommunen interessante Felder für wechselseitiges Lernen.

*Unterstützung zuhause und weltweit*

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat die besondere Rolle der Kommunen erkannt und das Fördervolumen in den letzten fünf Jahren deutlich erhöht, wodurch wir im Auftrag des BMZ unser Förderinstrumentarium weiter ausbauen konnten.

Wir unterstützen Landkreise in ihrer kommunalen Entwicklungspolitik zum einen zu Hause:

- Wir beraten und unterstützen Landkreise in Fragen des fairen Handels und der fairen Beschaffung. Wir fördern den Erfahrungsaustausch durch das „Netzwerk Faire Beschaffung“, und geben kostenlose Rechtsberatung sowie Orientierung durch ganz praktische Hilfestellungen.
- Wir beraten und unterstützen Landkreise bei der Erstellung ihrer Nachhaltigkeitsstrategie. Wir begleiten Kommunen im ganzen Prozess, fördern einen intensiven Erfahrungsaustausch durch regelmäßige Netzwerktreffen, stellen einen „SDG-Werkzeugkasten“ zur Verfügung, organisieren Fachveranstaltungen und bereiten gute Praxisbeispiele auf.
- Wir beraten und unterstützen Landkreise in Fragen der Migration und Entwicklung. Mit dem Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ fördern wir die Zusammenarbeit von Kommunen und migrantischen Organisationen, unterstützt durch den Beraterinnen- und Beraterpool MiGlobe und stärken so die kommunale Entwicklungspolitik und Integrationsangebote für Geflüchtete.

Wir unterstützen Landkreise zum anderen weltweit – durch ein Spektrum von Programmen für Kommunen, die mit Partnerkommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammenarbeiten möchten und helfen auch bei der Suche nach geeigneten Partnern:

- Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ unterstützt Partnerprojekte mit Beratung, Vernetzung und finanzieller Unterstützung – zum Aufbau der Klimapartnerschaft, Austauschtreffen und Qualifizierungsmaßnahmen.
- Durch die Fördervorhaben „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)“ und „Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik“ werden neue entwicklungspolitische Initiativen, Fachaustausche und Projekte mit Partnerkommunen bezuschusst.

- Das Projekt „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit“ vermittelt und finanziert Fachkräfte, um Partnerschaftsinitiativen im Globalen Süden umzusetzen.
- Die Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ vermittelt und unterstützt Kooperationen mit Aufnahmekommunen von Geflüchteten im Libanon, in Jordanien und in der Türkei.

Dies sind nur vier von insgesamt acht Maßnahmen, mit denen wir kommunale Partnerschaften weltweit unterstützen.



*Jede Kommune kann die Welt verändern!*

Fast 750 Mio. Menschen weltweit haben heute keinen Zugang zu sauberem Wasser, 1,1 Mrd. Menschen keinen Zugang zu Elektrizität. 2,5 Mrd. Menschen leben ohne angemessene sanitäre Versorgung. Auch Anpassungen an den Klimawandel erfordern lokal maßgeschneiderte Maßnahmen. Keine Ebene kennt lokale Probleme und Lösungen besser als die Kommunen. Nur gemeinsam können die Herausforderungen in der Welt gemeistert werden. Jede Kommune kann die Welt verändern. Wir können Sie dabei unterstützen. ■

**Organisation in den Landkreisen**

Die Umfrage des Deutschen Landkreistages aus dem Jahr 2018 zu den entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise hat gezeigt, dass bei über drei Viertel der aktiven Landkreise das Themengebiet der Entwicklungspolitik in der Landkreisverwaltung betreut wird. Ein Drittel der aktiven Landkreise beschäftigen hierfür einen Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik gefördert durch die Engagement Global gGmbH im Rahmen des SKEW-Programms mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder hatten zum Zeitpunkt der Befragung eine solche Förderung beantragt. In 17 % der aktiven Landkreise wird das Thema durch eine Funktionseinheit, die nicht entsprechend gefördert

wird, bearbeitet. In ebenso vielen Landkreisen wird das Themengebiet an verschiedenen Stellen in der Kreisverwaltung behandelt (vgl. Abb. 7). Eine Ansiedlung erfolgt je nach inhaltlicher Schwerpunktsetzung der entwicklungspolitischen Maßnahmen in unterschiedlichen Abteilungen, häufig allerdings im Sachgebiet der Kreisentwicklung, des Regionalmanagements oder im Bereich Klimaschutz. Auch eine direkte Zuordnung zum Büro des Landrats kommt häufiger vor.

**Gibt es eine Funktionseinheit in Ihrem Landkreis (z. B. einzelne Stelle, Abteilung), die für das Themengebiet der Entwicklungspolitik zuständig ist?**



Abbildung 7 (Anteil an aktiven Landkreisen)

Drei Viertel der aktiven Landkreise informieren die Öffentlichkeit über ihr Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik hauptsächlich durch Pressearbeit und über die kreiseigene Homepage. Ferner auch über soziale Medien (36 %), im Rahmen von Veranstaltungen (45 %) und durch öffentliche Aktionen (29 %).

**Rechtliche Aspekte**

Es ist auffällig, dass nur 5 % der nicht in der Entwicklungspolitik aktiven Landkreise eine niedrige Akzeptanz bei den Bürgern als Grund hierfür angeben – ebenso eine niedrige Akzeptanz der Bürgermeister und des Kreistags (vgl. Abb. 8). Vielmehr ist eine andere Prioritätensetzung für die Mehrheit ausschlaggebend, was aufgrund der Tatsache, dass es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe handelt, die sowohl mit allen Pflichtaufgaben als auch mit anderen freiwilligen Aufgaben konkurriert, nicht verwunderlich ist. Von der Mehrheit der Landkreise, die nicht entwicklungspolitisch aktiv sind, wird zudem die rechtliche Zuständigkeit des Landkreises bezweifelt. Dies bezieht sich zumeist auf die Zusammenarbeit mit Kommunen aus Entwicklungs- und Schwellenländern und die Frage, ob Kommunen hier neben Bund und Ländern aktiv werden dürfen. Hierzu stellt ein Beschluss der Innenministerkonferenz aus dem Jahr 2019 heraus, dass die Mitwirkung der Kommunen an der Entwicklungszusammenarbeit sowohl vom Bund als auch von den Ländern unterstützt und als ein wesentliches Element zur Umsetzung der Agenda 2030 und zur Erreichung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung vor Ort und im Ausland anerkannt wird.

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt hat zu dieser Fragestellung ein Rechtsgutachten in Auftrag gegeben,

das zu dem Ergebnis kommt, dass eine Zusammenarbeit mit ausländischen Kommunen legitim ist, dabei aber einige Punkte beachtet werden sollten: Insbesondere müsse die Zusammenarbeit inhaltlich kommunale Angelegenheiten betreffen und sich damit auf den örtlichen Wirkungskreis beziehen, das heißt die Zusammenarbeit beschäftigt sich mit Themen, für die der Landkreis in Deutschland zuständig ist. Zudem sei eine Zusammenarbeit nur mit kommunalen Körperschaften unterhalb der staatlichen Ebene zulässig. Eine lokale Verankerung in der Einwohnerschaft der deutschen Kommune sollte ebenfalls vorliegen, da kommunale Entwicklungszusammenarbeit im Ausland nur als örtliche Angelegenheit und damit als Selbstverwaltungsangelegenheit betrachtet werden könne, wenn das Engagement tatsächlich der örtlichen Gemeinschaft entstammt und auf diese Wirkungen entfaltet. Hierfür sei nicht entscheidend, ob die Kommunalverwaltung entsprechende Projekte initiiere oder umsetze, sondern maßgeblich sei vielmehr, ob die Zusammenarbeit auch für die Einwohner der deutschen Kommune spürbar sei und von ihnen getragen werde (z. B. in Form von Beschlüssen der Kommunalvertretung und/oder gesellschaftlichen Aktivitäten von Vereinen). Weitere Details können dem Rechtsgutachten entnommen werden, das hier verfügbar ist: [www.skew.engagement-global.de/dialog-global/dialog-global-nr-49.html](http://www.skew.engagement-global.de/dialog-global/dialog-global-nr-49.html)

**Aus welchen Gründen engagiert sich Ihr Landkreis nicht im Bereich der Entwicklungspolitik?**



Abbildung 8 (Anteil an den nicht aktiven Landkreisen)

**Finanzierung und Fördermöglichkeiten**

Für die Finanzierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten wenden die meisten aktiven Landkreise eigene finanzielle oder geldwerte Mittel, wie Arbeitskraft, Räume oder Materialien, auf. Fördermittel des Bundes nimmt fast die Hälfte der aktiven Landkreise in Anspruch. Mittel von Sponsoren, wie z. B. der lokalen Wirtschaft, nutzt jeder fünfte aktive Landkreis. Spenden, z. B. von Bürgerinnen und Bürgern, verwenden 17 % der Landkreise. Eine untergeordnete Rolle spielen hingegen Fördermittel der Länder sowie der EU und von nicht-staatlichen Stiftungen. Eine Finanzierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten durch Mittel von staatlichen Stiftungen oder Kirchen erfolgt nicht (vgl. Abb. 9).

**Wie werden die entwicklungspolitischen Aktivitäten in Ihrem Landkreis finanziert?**

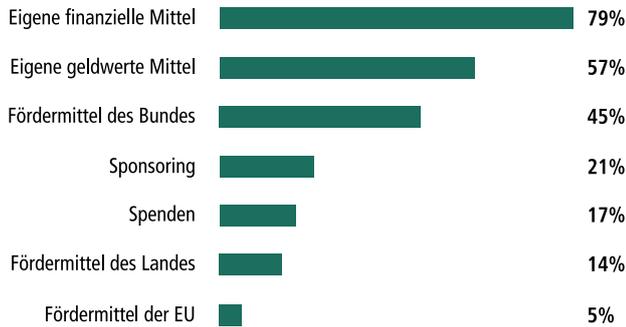


Abbildung 9 (Anteil an aktiven Landkreisen)

66 % der aktiven Landkreise arbeiten mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zusammen, wobei ein Schwerpunkt der Zusammenarbeit auf Förderprogrammen (50 % der aktiven Kommunen) und Beratungsleistungen (40 %) liegt.

Von denjenigen Landkreisen, die mit der Servicestelle zusammenarbeiten, sind die meisten durch eigene Recherchen (36 %), Information des Deutschen Landkreistages oder Informationsveranstaltungen (jeweils 29 %) auf die Angebote aufmerksam geworden. Empfehlungen von Vereinen, Verbänden oder Bürgern bzw. anderen Kommunen oder der Newsletter der Servicestelle wurden hier seltener genannt (jeweils 14 %).

**Wie zufrieden sind Sie mit der Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt?**

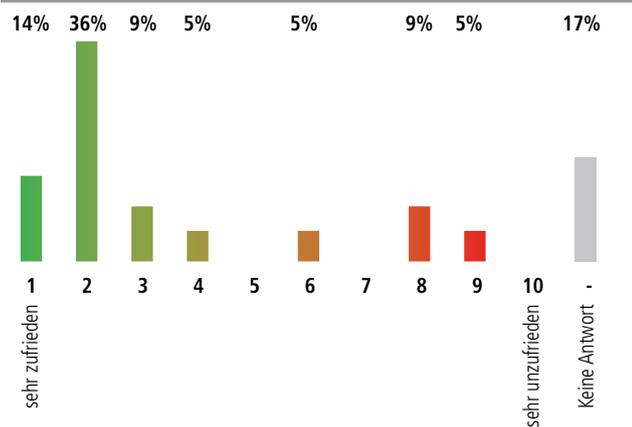


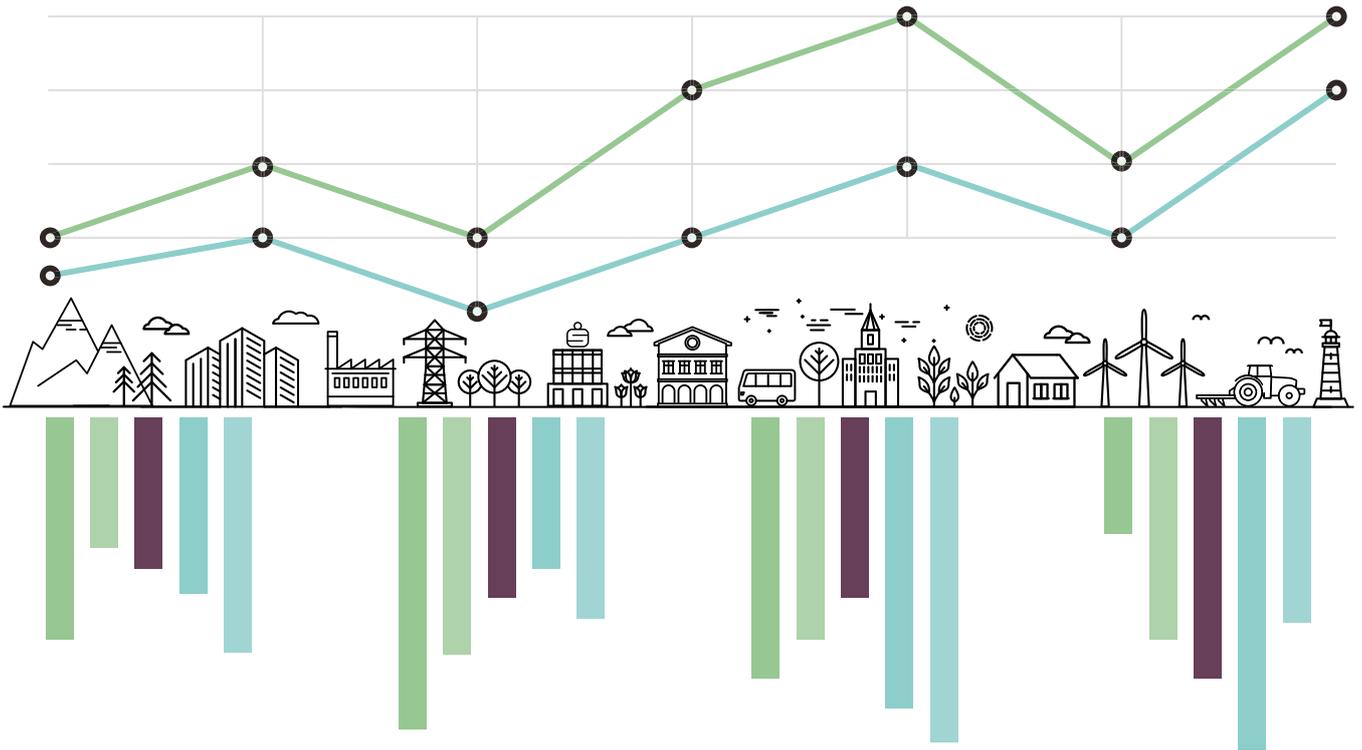
Abbildung 10

Die Bewertung der Zusammenarbeit mit der Servicestelle fällt vonseiten der Landkreise positiv aus (vgl. Abb. 10). Die Mehrheit gibt an, hiermit sehr zufrieden oder zufrieden zu sein. Positiv hervorgehoben werden dabei insbesondere die Beratung und Unterstützung der Servicestelle sowie die Inhalte der Förderprogramme. Kritisiert werden der hohe bürokratische Aufwand der Projektkoordination (39 %) sowohl in Bezug auf die Antragstellung, die Finanzierung

sowie die Berichterstattung. Zudem ist fast die Hälfte der Landkreise, die mit der Servicestelle zusammenarbeiten, der Meinung, dass die Förderzeiträume der Programme erhöht werden sollten.

Weitere Informationen zu der inhaltlichen, personellen und finanziellen Unterstützung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt für Landkreise, die sich entwicklungspolitisch engagieren möchten finden sich unter: [www.skew.engagement-global.de/unsere-angebote.html](http://www.skew.engagement-global.de/unsere-angebote.html)





## Ausgewählte Strukturdaten der Landkreise im vergleichenden Überblick

### » Bundesweit größte Landkreise

Fläche km<sup>2</sup>

1. Mecklenburgische Seenplatte .....	MV .....	5.495,62
2. Ludwigslust-Parchim .....	MV .....	4.766,79
3. Vorpommern-Greifswald .....	MV .....	3.945,57
4. Rostock.....	MV .....	3.431,29
5. Vorpommern-Rügen .....	MV .....	3.215,03
6. Uckermark .....	BB.....	3.076,96
7. Emsland.....	NI .....	2.883,67
8. Potsdam-Mittelmark .....	BB.....	2.592,07
9. Ostprignitz-Ruppin.....	BB.....	2.526,55
10. Stendal.....	ST .....	2.423,26
11. Bautzen.....	SN.....	2.395,60
12. Börde.....	ST .....	2.366,84
13. Region Hannover .....	NI .....	2.297,13
14. Altmarkkreis Salzwedel .....	ST .....	2.293,28
15. Dahme-Spreewald.....	BB.....	2.274,53
16. Oder-Spree.....	BB.....	2.256,76
17. Rendsburg-Eckernförde .....	SH.....	2.189,79
18. Märkisch-Oderland.....	BB.....	2.158,66
19. Prignitz.....	BB.....	2.138,57
20. Nordwestmecklenburg .....	MV .....	2.127,12
21. Osnabrück.....	NI .....	2.121,81
22. Mittelsachsen.....	SN.....	2.116,85
23. Görlitz .....	SN.....	2.111,41
24. Harz.....	ST .....	2.104,57
25. Teltow-Fläming.....	BB.....	2.104,22

### » Bundesweit kleinste Landkreise

Fläche km<sup>2</sup>

1. Main-Taunus-Kreis.....	HE .....	222,53
2. Neunkirchen .....	SL .....	249,80
3. Rhein-Pfalz-Kreis .....	RP.....	304,99
4. Fürth.....	BY .....	307,44
5. Lindau (Bodensee).....	BY .....	323,39
6. Offenbach.....	HE .....	356,24
7. Mettmann.....	NRW.....	407,22
8. Ennepe-Ruhr-Kreis .....	NRW.....	409,64
9. Regionalverband Saarbrücken .....	SL .....	410,95
10. Saarpfalz-Kreis.....	SL .....	418,28
11. Sonneberg .....	TH .....	433,61
12. Fürstenfeldbruck .....	BY .....	434,80
13. Rheinisch-Bergischer Kreis.....	NRW.....	437,32
14. Herford .....	NRW.....	450,41
15. Groß-Gerau.....	HE .....	453,03
16. Saarlouis.....	SL .....	459,36
17. Germersheim .....	RP.....	463,32
18. St. Wendel .....	SL .....	476,07
19. Hochtaunuskreis.....	HE .....	481,84
20. Starnberg.....	BY .....	487,72
21. Neu-Ulm.....	BY .....	515,84
22. Tübingen.....	BW .....	519,12
23. Lichtenfels.....	BY .....	519,94
24. Peine .....	NI .....	536,50
25. Unna.....	NRW.....	543,21

» Bundesweit einwohnerstärkste Landkreise

EW

Region Hannover	NI	1.152.675
Recklinghausen	NRW	616.824
Rhein-Sieg-Kreis	NRW	599.056
Städteregion Aachen	NRW	554.068
Rhein-Neckar-Kreis	BW	546.745
Ludwigsburg	BW	542.630
Esslingen	BW	532.447
Mettmann	NRW	485.409
Rhein-Erft-Kreis	NRW	467.209
Wesel	NRW	460.666
Rhein-Kreis Neuss	NRW	449.408
Steinfurt	NRW	446.565
Karlsruhe	BW	442.673
Ortenaukreis	BW	425.932
Rems-Murr-Kreis	BW	424.878
Main-Kinzig-Kreis	HE	418.208
Märkischer Kreis	NRW	413.383
Unna	NRW	393.934
Böblingen	BW	389.548
Borken	NRW	369.718
Gütersloh	NRW	363.049
Osnabrück	NI	356.140
Offenbach	HE	351.692
Lippe	NRW	349.069
München	BY	346.433

» Bundesweit einwohnerschwächste Landkreise

EW

1. Lüchow-Dannenberg	NI	48.357
2. Sonneberg	TH	56.361
3. Wittmund	NI	56.731
4. Vulkaneifel	RP	60.705
5. Cochem-Zell	RP	61.662
6. Hildburghausen	TH	63.923
7. Lichtenfels	BY	66.777
8. Kronach	BY	67.474
9. Sömmerda	TH	70.027
10. Kusel	RP	70.764
11. Holzminden	NI	71.144
12. Kulmbach	BY	72.012
13. Tirschenreuth	BY	72.730
14. Wunsiedel i.Fichtelgebirge	BY	73.485
15. Donnersbergkreis	RP	75.102
16. Kyffhäuserkreis	TH	75.818
17. Prignitz	BB	77.263
18. Regen	BY	77.489
19. Freyung-Grafenau	BY	78.345
20. Rhön-Grabfeld	BY	79.796
21. Birkenfeld	RP	80.728
22. Lindau (Bodensee)	BY	81.148
23. Saale-Orla-Kreis	TH	81.501
24. Weimarer Land	TH	82.131
25. Saale-Holzland-Kreis	TH	82.990

» Bundesweit dichtest besiedelte Landkreise

EW/km<sup>2</sup>

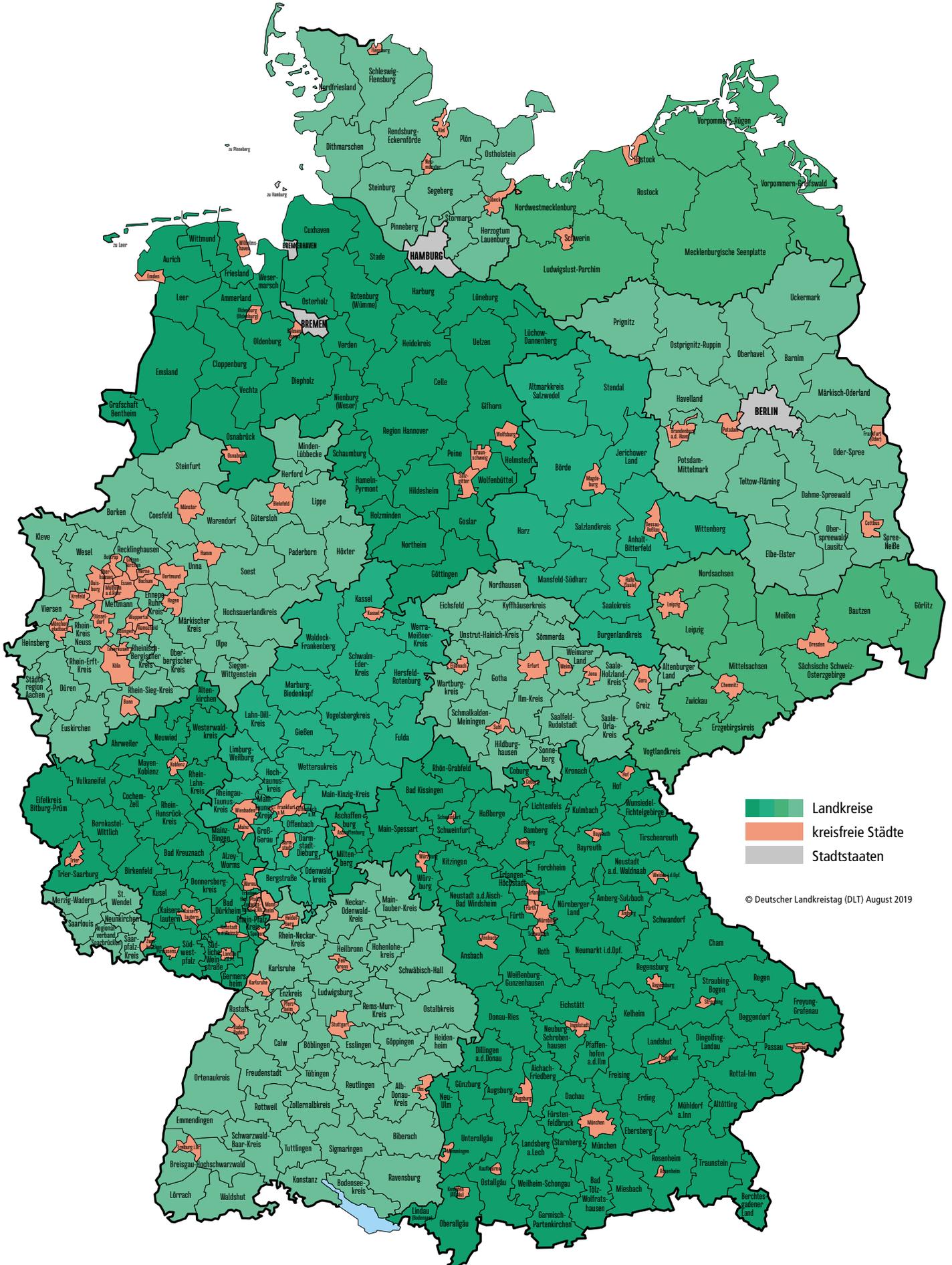
Mettmann	NRW	1.192
Main-Taunus-Kreis	HE	1.065
Offenbach	HE	987
Esslingen	BW	830
Recklinghausen	NRW	810
Regionalverband Saarbrücken	SL	803
Ennepe-Ruhr-Kreis	NRW	793
Ludwigsburg	BW	790
Städteregion Aachen	NRW	784
Rhein-Kreis Neuss	NRW	780
Unna	NRW	725
Rhein-Erft-Kreis	NRW	663
Rheinisch-Bergischer Kreis	NRW	648
Böblingen	BW	631
Groß-Gerau	HE	599
Herford	NRW	558
Neunkirchen	SL	534
Viersen	NRW	530
München	BY	522
Rhein-Sieg-Kreis	NRW	519
Rhein-Neckar-Kreis	BW	515
Rhein-Pfalz-Kreis	RP	504
Region Hannover	NI	502
Fürstfeldbruck	BY	501
Rems-Murr-Kreis	BW	495

» Bundesweit dünnst besiedelte Landkreise

EW/km<sup>2</sup>

1. Prignitz	BB	36
2. Altmarkkreis Salzwedel	ST	37
3. Uckermark	BB	39
4. Ostprignitz-Ruppin	BB	39
5. Lüchow-Dannenberg	NI	39
6. Ludwigslust-Parchim	MV	45
7. Mecklenburgische Seenplatte	MV	47
8. Stendal	ST	47
9. Elbe-Elster	BB	54
10. Jerichower Land	ST	57
11. Vorpommern-Greifswald	MV	60
12. Eifelkreis Bitburg-Prüm	RP	60
13. Rostock	MV	63
14. Uelzen	NI	63
15. Wittenberg	ST	66
16. Neustadt a.d.Waldnaab	BY	66
17. Tirschenreuth	BY	67
18. Vulkaneifel	RP	67
19. Hildburghausen	TH	68
20. Vorpommern-Rügen	MV	70
21. Spree-Neiße	BB	70
22. Saale-Orla-Kreis	TH	71
23. Börde	ST	73
24. Vogelsbergkreis	HE	73
25. Kyffhäuserkreis	TH	73

# Die 294 Landkreise in Deutschland



- Landkreise
- kreisfreie Städte
- Stadtstaaten

© Deutscher Landkreistag (DLT) August 2019



DEUTSCHER  
LANDKREISTAG



Deutscher Landkreistag

Ulrich-von-Hassell-Haus

Lennéstraße 11

10785 Berlin

Tel. 030 590097-309

Fax 030 590097-400

[www.landkreistag.de](http://www.landkreistag.de)

[info@landkreistag.de](mailto:info@landkreistag.de)

